Einzelnummer 20 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 77. | Bezugspreis: Monatlich 3.50 Mk. frei Haus; bei Abholung 3.25 Mk. Bei Postbezug 3.50 Mk. monatlich oder 10.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Letzteres trägt der Verlag bei Einsend. des Bezugspreises a. d. Postscheckkonto. | Halle, Mittwoch den 31. März 1920. | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 40 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 1.20 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50 % Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang.

Neuer Generalstreik im Ruhrgebiet.

Im Ruhrrevier hat am Dienstag entsprechend den Beschlüssen des aus allen drei sozialistischen Parteien bestehenden Elberfelder Aktionsausschusses der Generalstreik zum Protest gegen den angedrohten Einmarsch des Generals Watter eingesetzt. Die lebenswichtigen Betriebe, Gas, Wasser und Elektrizität, werden von ihm zunächst nicht berührt, sie sollen aber gleichfalls stillgelegt werden, wenn der Vormarsch des Generals Watter und seiner Reichswehr fortgesetzt wird. Für diesen Fall sind auch militärische Maßnahmen vorgesehen, um dem Eindringen der Reichswehr, die hier allgemein für kappistisch erklärt wird, mit Waffengewalt zu begegnen.

Eine gewisse Entspannung dieser bis zum äußersten gespannten Lage ist heute in der Mittagsstunde durch die aus Berlin hierher gelangte Mitteilung eingetreten, daß die Regierung in Berlin beschlossen habe, den Vormarsch einstellen zu lassen. Der Minister des Innern, Genosse Severing, der noch immer gleichzeitig Staatskommissar für den Westen ist, ist beauftragt, noch heute mit außerordentlicher Vollmacht nach Münster zu Watter zu fahren und Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter zu vereinbaren. Severing wird mit den Instanzen der drei sozialistischen Parteien in Hagen zusammenkommen, um auf Grundlage der Bielefelder Beschlüsse eine Einigung zwischen der Regierung und den Arbeitern herbeizuführen.

Die gestern morgen von dem Aktionsausschuß der drei Parteien in Elberfeld gefaßten Entschließungen sehen zur Abwehr des Watterschen Vormarsches den Generalstreik und militärische Sicherungsmaßnahmen vor. Es wird die sofortige Durchführung der Bielefelder Beschlüsse verlangt. Der Kampf um Wesel wird für lokalisiert erklärt, die Arbeiterschaft will sich ihm gegenüber passiv verhalten, weil die Kampfleitung bei Wesel sich den Bielefelder Beschlüssen bisher nicht untergeordnet hat. Im übrigen wird erklärt, daß dem Einmarsch der Reichswehr jeder erdenkliche Widerstand geleistet werden soll, und daß man sogar diesem den Einmarsch der Entente (!) vorziehe. Im Notfalle soll auf Beschluß des Aktionsausschusses die Ausgabe von Waffen erfolgen, doch nur an organisierte Arbeiter. Die Abgabe von Alarmschüssen, Hornsignalen, das Steigenlassen von Leuchtraketen, das Herumfahren von Autos ist verboten und darf nur auf Anordnung des Aktionsausschusses erfolgen.

Ziel des Kampfes sind die Hagener Beschlüsse, die den Arbeitern einen größeren Einfluß auf alle Angelegenheiten sichern sollen. Es wird darin gefordert: Beschleunigung der Sozialisierung, unverzügliche Entfernung reaktionärer Beamten, Umwandlung der Reichswehr und baldigste Vornahme der Reichstagswahlen. Der Aufruf, der diese Forderungen enthält, ist von Dröner S. P. D., Kahmann U. S. P. D. und Senerbrey K. P. D. gemeinsam unterzeichnet.

Die Vollmachten für Severing.

WTB. Berlin, 30. März. Amtlich. Im Anschluß an die Vorkommnisse im Ruhrrevier hat die Reichsregierung dem Reichs- und Staatskommissar Severing folgende erweiterte Vollmacht erteilt: Die Vollmacht des Reichs- und Staatskommissars Severing wird dahin erweitert, daß Entscheidungen über militärische Operationen in dem Gebiete, für das er bestellt ist, im Einvernehmen mit ihm erfolgen sollen. Er wird ferner bevollmächtigt,

1. zu prüfen und zu entscheiden, ob Personen, die in Schutzhaft oder in eine nicht gerichtlich bestätigten Haft genommen sind, festzuhalten oder vorbehaltlich des gerichtlichen Verfahrens zu entlassen sind;

2. die Namen derjenigen Personen zu bezeichnen, deren Verhaftung oder sonstige disziplinarische Verfolgung er empfiehlt, weil sie an der von Kapp und Freiherr von Lüttwitz eingeleiteten hochverräterischen Bewegung als Führer, Verführer oder Aufseher aktiv sich beteiligt haben. Er ist ermächtigt, Unterbevollmächtigte für einzelne Städte oder Bezirke zu ernennen, die den militärischen Stellen als politische Berater zur Seite stehen. Sämtliche Behörden werden ersucht und alle Organisationen, Verbände und andere Stellen werden aufgefordert, dem Reichsminister und seinen Unterbevollmächtigten jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Erklärung der Regierung zur Lage.

WTB. Berlin, 30. März. Nach einer Erklärung steht die Reichsregierung nach wie vor in dem Bielefelder Abkommen eine geeignete Grundlage für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrrevier. Sie hat auch ihrerseits sich an das Bielefelder Abkommen gebunden und die Truppen bisher nicht in das Industriegebiet einmarschieren lassen. Dagegen sei von der anderen Seite nicht das Geringste geschehen, um die aus dem Bielefelder Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Pflicht der Regierung sei, wieder geordnete Zustände herzustellen. Dies soll auf der Grundlage des Bielefelder Abkommens geschehen. Im übrigen werde die Durchführung der notwendigen Maßnahmen unter Beteiligung von zivilen Vertrauensmännern und in der Form erfolgen, daß die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen.

Die Folgen des drohenden Einmarsches in das Kohlengebiet.

Generalstreikbeschlüsse in Berlin und im Reiche.

Berlin, 30. März. In der Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte am Dienstag abend wurde nach der Mitteilung der Regierung, wonach dem General Watter ein Zivilkommissar beigegeben und den bewaffneten Arbeitern im Ruhrrevier ein neues Ultimatum gestellt worden sei, beschlossen, am Mittwoch vormittag in den einzelnen Betrieben darüber abzustimmen, ob gestreikt werden soll oder nicht.

Berlin, 30. März. Am Vormittag wurde im Reichstag nach den Abendblättern in einer Konferenz von Vertretern der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, der beiden sozialistischen und der kommunistischen Parteien, der auch Arbeitervertreter aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, sowie Vertreter aus Schlesien, Sachsen und Süddeutschland beiwohnten, im Prinzip ein neuer Generalstreik beschlossen, unbedingt für den Fall, daß der Einmarsch in das Industriegebiet veranlaßt werden sollte, bedingt, falls das Ultimatum der Regierung nicht zurückgezogen würde.

*

Stuttgart, 30. März. Eine Vertrauensmännerversammlung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, heute Betriebsversammlungen abzuhalten, um für Stuttgart den Generalstreik zu proklamieren. Die Unabhängigen wollen dadurch dagegen protestieren, daß bürgerliche Truppen als Henker am Proletariat im Ruhrgebiet verwendet werden.

*

Laut „Lokal-Anz." ist in Bochum der alte Arbeiterrat durch einen radikalen ersetzt worden, der den Generalstreik proklamiert hat. Die Bochumer Straßenbahnen und Personenzüge verkehren nicht. Auch in Dortmund ist der Generalstreik proklamiert worden. Nach der gleichen Quelle ist in Düsseldorf der aus Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und gemäßigten Kommunisten bestehende Vollzugsrat von radikalen Kommunisten verhaftet und durch einen rein kommunistischen Vollzugsrat ersetzt worden.

Gegen das Ultimatum General Watters.

Wie die „B. P. P." aus Gewerkschaftskreisen hören, hat das Ultimatum Watters an die Rote Armee auf die gesamte Arbeiterschaft nicht allein des Ruhrreviers, sondern auch im übrigen Deutschland, zumal an den Orten, wo schon bisher eine radikale Strömung die Oberhand gewonnen hatte, die katastrophalsten Wirkungen gezeitigt. Einmütig lehnt die gesamte Arbeiterschaft von der K. P. D. bis zur S. P. D. sowie auch die demokratische Arbeiterschaft diese anscheinend neue Militärdiktatur Watters ab. Es droht, wenn nicht im letzten Augenblick von der Regierung eingegriffen wird, ein neuer Generalstreik. Soll unendliches Unheil und schwerstes Blutvergießen vermieden werden, so ist es unbedingt nötig, daß General Watter, der für dieses Ultimatum verantwortlich ist, und eventuell auch General v. Seeckt, sofern dessen Mitschuld erweislich ist, ihre Posten sofort verlassen.

Düsseldorf von der Sicherheitswehr besetzt.

Düsseldorf, 30. März. Der Düsseldorfer Vollzugsrat, der in der vergangenen Nacht vertrieben worden war, ist wieder eingesetzt worden. Die Sicherheitswehr hat heute wieder das Rathaus, das Ständehaus und alle öffentlichen Gebäude besetzt. Die roten Truppen sind abgezogen.

Die einzige Schuld.

Von Max Seydewitz.

Als der gegenrevolutionäre Putsch zur Tat wurde und der Wahnsinn der Kapp-Verbrecher über uns hinwegbrauste, wurde in Arbeiterkreisen allenthalben die Frage aufgeworfen:

Wer oder was ist schuld daran,

daß dieser verbrecherische Irrsinn losbrechen, die deutsche Republik und das deutsche Volk zerwühlen und schlagen konnte. In den Stunden aber, da diese Fragen aufgeworfen wurden, war wenig Zeit sie zu diskutieren, da galt es vor allem, die ganze Kraft darauf zu konzentrieren, die Gegenrevolution, die so widerwärtig frech und unverschämt ihr Haupt erhoben hatte und das deutsche Volk mit Lügen, brutaler Gewalt und weißem Terror dirigieren zu können glaubte, niederzuringen. Erfreulicherweise erkannten die sozialistischen Arbeiter in ihrer Gesamtheit, daß es in jenen Stunden der Gefahr wenig nutzte, den Schuldigen, den Brandstifter zu ermitteln, sondern daß es vor allem not tat, den Brand zu löschen. Drum ließ man das unnütze Streiten und Rechten und nur recht selten ist rechthaberisch einerseits Noske und andererseits dem Gewaltrackikalismus die Schuld in die Schuhe geschoben worden. Aber wie gesagt, das waren nur Ausnahmen, die Größe der Gefahr zwang zum Handeln, zum einheitlichen Handeln und nur dadurch, daß so einig und tatkräftig gehandelt wurde, konnte es gelingen, die Gegenrevolution mit verhältnismäßig geringen Opfern und so schnell aus dem Sattel zu heben.

Der gegenrevolutionäre Putsch ist und bleibt das größte Verbrechen, das gegenwärtig am deutschen Volke begangen werden konnte, und das deutsche Volk mag und wird bei den nächsten Wahlen von

den „nationalen" Verbrechern

Sühne heischen für die Blutopfer, die ungeheuerliche Sabotierung unserer Wirtschaft und die gewaltsame Unterbindung der Aufwärtsentwicklung, der Gesundung unseres Volkskörpers, für die nicht wieder gutzumachende ungeheuerliche Schuld, die die Hochverräter und mit ihnen die reaktionären Parteien auf sich geladen haben.

Ein Gutes aber hat das Unternehmen der Kappianer doch gehabt, die sozialistischen Parteien, die sich vorher in unerbittlicher Fehde gegenüber standen, haben das erste Mal wieder gemeinsam gehandelt, sind sich näher gekommen und das Verhältnis zwischen ihnen ist ein wärmeres geworden. Allerdings nur wärmer, sonst nichts. Das ist gewiß nicht viel, ist aber trotzdem von großer Bedeutung und mit aller stärkstem Interesse werden alle Freunde der proletarischen Klasse die weitere Entwicklung der Dinge auf diesem Gebiete verfolgen.

Trotzdem nun aber das Verhältnis zwischen den sozialistischen Parteien ein besseres geworden ist, muß doch damit gerechnet werden, daß über kurz oder lang die Schuldfrage in ihrer ganzen Breite aufgerollt werden wird, daß die Unabhängigen rufen werden: Nichts ist schuld als Noske, „seine" Partei und das System Noske, das die Gegenrevolution großgepäppelt und großgezogen hat. Und den Unabhängigen wird daraufhin wieder vorgeworfen werden, daß sie und ihre kommunistischen Freunde es erst waren, die mit ihrer irrsinnigen Putschtaktik das „System Noske" geboren und groß machten.

So richtig diese gegenseitige Argumentation sein mag, so falsch ist sie aber auch und keinesfalls kommt man mit ihr der wirklichen Schuldfrage näher. Aber gerade hier ist die Schuldfrage so leicht und so einfach zu beantworten, daß eigentlich kein einsichtiger und denkender Mensch danebengreifen kann und auf jeden Fall das Richtige treffen muß. Doch Parteiegoismus, Demagogie und Agitationsbedürfnis verdunkeln das klare Bild, und darum ist es notwendig, daß die historische Wahrheit, das einzig Richtige, zur Vermeidung neuer Fehler klar und scharf und bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund geschoben wird. Es gibt nichts daran zu deuteln, daß einzig und allein

die Zersplitterung der Arbeiterschaft

schuld daran ist, daß der reaktionäre Putsch überhaupt möglich war. Der 9. November 1918 mußte eine einige Arbeiterschaft, eine einige Sozialdemokratie finden und fand sie nicht. Anstatt daß die Arbeiterschaft gemeinsam die errungenen Vorteile befestigte, sicherte, erweiterte; zerriß und zerfleischte sie sich in kläglicher Undisziplinierthheit gegenseitig. Hier mußte ein Keil den anderen treiben, und es gab gar keine andere Lösung, daß die am 9. November 1918 in den Sand geworfene Kaste und Klasse aus dem wahn-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200331-10/fragment/page=0001

sinnigen Bruderkampf der siegreichen Arbeiterklasse profilierte, daß sie mit jedem Tage des sozialistischen Bruderkampfes stärker und kühner wurde. Das ist eine Tatsache, die niemand wegdisputieren kann, und die Tage der Kapp-Regierung beweisen, daß die gegenrevolutionären Verbrecher in erster Linie auf die Uneinigkeit der Arbeiter spekulierten. Die Lügenmeldungen über Verhandlungen mit den Unabhängigen und das Däumig in die Kapp-Regierung eingetreten sei, werden allen noch in lebhafter Erinnerung sein. Diese Spekulation der Kappianer ist zuschanden geworden, die Arbeiterschaft hat in der Stunde der Gefahr einig zusammengestanden und nur daran ist das gegenrevolutionäre Verbrechen gescheitert.

Dies alles sind unverrückbare Tatsachen; es ist aber nicht genug, daß sie festgestellt werden, sondern die Arbeiterschaft aller Richtungen hat die Pflicht und Schuldigkeit,

daraus die nötigen Lehren zu ziehen.

Es darf nun, nachdem die erste Gefahr beseitigt ist, der Bruderstreit nicht von neuem in seiner alten Heftigkeit entbrennen, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß zumindest ein gutes Nebeneinanderarbeiten möglich ist, sonst sitzt die jetzt aufs Knie gezwungene Reaktion bald wieder im Sattel. Naturnotwendig ist nach den von den Kapp-Verbrechern entfesselten Wirrnissen auf linksradikaler Seite verschiedentlich Maß und Ziel verloren gegangen, ist wieder etwas von der von dem unabhängigen Parteivorsitzenden Crispien so lebhaft bekämpften Revolutionsromantik aufgeblüht, aber mit aller Kraft müssen wir uns dagegen wehren, daß der Popanz des Bolschewismus aufgerichtet wird. In Deutschland besteht jetzt keine bolschewistische Gefahr, es besteht heute und morgen wie gestern und vorgestern nur eine Gefahr, die der Gegenrevolution von rechts. Noch schärfer wie vorher müssen wir betonen, daß

der Feind rechts steht,

daß wir jetzt nach dem Siege über die Gegenrevolution nichts anderes zu tun haben, als unseren Sieg auszunutzen, alle die gegenrevolutionären und reaktionären Herde mit dem allergrößten Radikalismus ausbrennen und ausräuchern müssen und die Gegenrevolution, die wir aufs Knie gezwungen, aber immer auch stark ist, endgültig zu erledigen und damit die Gefahr eines zweiten 13. März für immer beseitigen. Das ist jetzt die einzige Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft und sie wird hier nur zum Ziele kommen, wenn sie jetzt und in Zukunft ebenso fest zusammensteht wie bei der Abwehr des verbrecherischen Putsches.

Neuwahlen sollen Ende Mai stattfinden, da muß die Arbeiterschaft ihre ganze Kraft einsetzen, muß und wird den notwendigen Sieg erringen, damit dann, wenn eine sozialistische Mehrheit im Reichsparlament geschaffen ist, die letzten Hindernisse fallen, die jetzt ein gedeihliches, festes Zusammengehen erschweren. Die Situation ist günstig, sie muß ausgenutzt werden, und immer und überall muß jetzt vor allem bedacht werden, daß die einzige Schuld, das Urübel aller Uebels, die Zersplitterung der Arbeiterklasse ist, das mit ihr im Interesse des Proletariats, des Sozialismus und auch im Interesse des ganzen deutschen Volkes aufgeräumt werden muß.

Die neue Koalitionsregierung.

Die Regierung Hermann Müller, die am Montag mit ihrem Programm vor die Nationalversammlung getreten ist, ist die dritte oder, wenn man es genau nimmt, die vierte Koalitionsregierung, die wir seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung erleben. Die erste war die Regierung Scheidemann, sie trat zurück, weil sie die Friedensbedingungen nicht unterzeichnen wollte. Die zweite war dann die Regierung Bauer, die sich zunächst nur auf Sozialdemokratie und Zentrum stützte, weil die Demokraten wegen der Unterzeichnung des Friedensvertrags grollten. Bald sah man jedoch auf beiden Seiten ein, daß damit ein wenig haltbarer Zustand geschaffen war, und die Demokraten traten in die Regierung Bauer wieder ein. Und nun haben wir, zum mindesten als ein Uebergangskabinett bis zu den Wahlen, die Regierung Hermann Müller, die sich abermals auf Sozialdemokratie, Zentrum und bürgerliche Demokratie stützt.

Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichsparlaments ist eben eine andere Regierung als eine Koalitionsregierung nicht möglich. Allein haben die beiden sozialdemokratischen Parteien nicht die Mehrheit, und darum waren jetzt sogar die Unabhängigen bereit, in eine Koalitionsregierung einzutreten, sofern sie nur durch Auswahl der bürgerlichen Minister aus den Reihen der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften das Mäntelchen einer reinen Arbeiterregierung erhielt. Da die bürgerlichen Parteien darauf nicht eingingen, blieben die Unabhängigen außerhalb der Koalition, die mit ihnen oder ohne sie die einzige jetzt vorhandene verfassungsmäßige Regierungsmöglichkeit bot.

Wir gehen jetzt, hoffentlich sehr bald, in den Wahlkampf, und da muß es unser Ziel sein, die sozialdemokratische Partei so stark zu machen, daß sie bei der Regierungsbildung allenfalls auch auf die Mithilfe der Bürgerlichen verzichten kann. Damit ist nicht gesagt, daß auf diese Mitwirkung unter allen Umständen verzichtet werden muß, es wird sich dann vielleicht nur um die Bedingungen handeln, unter denen man sie annimmt oder ablehnt. Um allein regieren zu können, braucht die Sozialdemokratie nicht nur die Hälfte des Reichstags plus eins, auf eine so schwache Minderheit könnte sich eine Politik, gegen die sich die gesamten nicht sozialdemokratischen Bevölkerungskreise zu entschiedenem Widerstand vereinigen würden, nicht stützen. Es genügt nicht, die Handarbeiter für die sozialistische Sache zu gewinnen, man kann für sie auch auf die Mitwirkung der Kopfarbeiter im weitesten Sinne des Wortes nicht verzichten. Es wird also bei den Wahlen eine ungeheure Arbeit geleistet werden müssen, die nicht nur darauf gerichtet sein wird, die größere Zahl auf unsere Seite zu bringen, sondern auch darauf, uns einen solchen Stab zuverlässiger geistiger Kräfte zu sichern, daß wir die Probe einer sozialistischen Regierung unternehmen können. Selbst aber, wenn wir nach den Wahlen glauben sollten, auf die Mitwirkung bürgerlicher Kreise noch immer nicht verzichten zu können, so wird unsere Stellung ihnen gegenüber eine ganz andere sein, wenn nötigenfalls auch die Möglichkeit besteht, daß wir auf dem Boden der Verfassung die ganze Sache allein machen können.

Die Rede des neuen Reichskanzlers, des Genossen Hermann Müller, konnte sich naturgemäß nur gegen die Rechtsparteien wenden, und das hat sie denn auch mit einer Schärfe getan, die in der Arbeiterschaft lebhafte Befriedigung erwecken wird. Die erste Aufgabe im kommenden Wahlkampf bleibt es, die Parteien, die als die intellektuellen Urheber des Eidbruchs und des Verrats zu betrachten sind, so niederzuwerfen, daß sie das Wiederaufstehen vergessen. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei ist aber damit nicht erschöpft. Die sozialdemokratische Partei wird bei den kommenden Wahlen nicht für ein Regierungsprinzip, das mit dem Ende der Nationalversammlung vielleicht erledigt ist, sondern für sich selber kämpfen. Sie muß es als ihre Aufgabe betrachten, breite Kreise, die jetzt noch im bürgerlichen Lager stehen, zu sich heranzuziehen. Voll zustimmen kann man der Auffassung des neuen Reichskanzlers, daß Deutschland nur in der Form einer demokratischen Republik zu leben imstande ist. Auch der Genosse Legien, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, den die sozialdemokratische Fraktion in der Debatte als ihren Redner vorschickte, hat das mit voller Deutlichkeit anerkannt. Da man jetzt daran ist, die Militärputschisten zu erledigen — sie sind es noch nicht — und da jetzt sogar die kommunistische Partei zugibt, daß die Zeit für ihre erträumte Rätediktatur noch nicht gekommen ist, darf man mit einer weiteren Festigung der demokratischen Republik rechnen. Die Arbeiter, die diese Republik eben erst mit so glänzendem Erfolg verteidigt haben, werden im Wahlkampf nicht gegen sie anrennen, sie werden sich nur bestreben, sie mit jenem sozialistischen Geiste zu erfüllen, der sie selbst erfüllt.

Die neue Regierung ist für uns, und sicher auch für unsere Parteigenossen, die in ihr mitwirken, durchaus kein Ideal, aber wenn sie hält, was sie verspricht, wird sie die Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft finden, bis auch für sie die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Des Volkes Stimme

hat sich im gewaltigen Generalstreik zum einmütigen Protest gegen den wahnsinnigen Putsch der Kapp-Konsorten erhoben. Der verbrecherische Anschlag auf die deutsche Republik und auf die demokratische Staatsverfassung ist dadurch zuschanden geworden. Aber noch ist

die Gefahr nicht vorüber.

Der Reaktion sind noch nicht alle Köpfe vom Rumpfe getrennt. Das Selbstverwaltungsrecht des Volkes wird auch heute noch von den Feinden der Demokratie bedroht. Riesige Opfer hat die Abwehr der dunklen Vorstöße diktatorischer Lüstlinge auf die schwer erkämpften Freiheiten unserer Verfassung gefordert. Die Hydra der Gegenrevolutionäre muß nun völlig erstickt werden. Deshalb gilt es für jeden politisch Weitblickenden die Bestrebungen zu unterstützen, welche mit

Aufbietung aller Kräfte

das eine Ziel haben: Festhalten und konsequente Weiterentwicklung der errungenen Erfolge unseres demokratischen Grundbaues. Klar und fest tritt

die „Volksstimme“

seit je für das Mitbestimmungsrecht des Volkes ein und ist eine entschiedene Kämpferin für die demokratische Republik. Wer Mitstreiter gegen jede Reaktion, gegen alle Putschversuche werden will, muß die wirksamste Waffe in diesem Kampfe, die sozialdemokratische Presse, dadurch unterstützen, daß er

Leser der „Volksstimme“

wird. Säume niemand mit dem Abonnement, dem die Verteidigung der Volksrechte am Herzen liegt. Wer die „Volksstimme“ abonnieren oder ihr einen neuen Leser anmelden will, fülle folgenden Zettel aus und sende ihn an die Expedition der „Volksstimme“, Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Außerhalb eines Austrägerbezirkes Wohnende wollen beim Postamt des Wohnortes bestellen oder mit vollständiger Adreßangabe den Bezugspreis (3,50 Mk. monatlich, 10,50 Mk. im Quartal) an das Postscheckkonto Leipzig 54 573 einsenden.

An die Adresse:

Name: .....

Wohnort: .....

..... Straße Nr. .....

bei wem? ..... Treppen

ist die „Volksstimme“ ab 1. April zum monatlichen Bezugspreise von Mk. 3,50 zu senden.

Deutsche Nationalversammlung.

Zweite Sitzung vom Montag den 29. März.

Der Sturm gegen rechts.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung wieder um 1 Uhr 10 Minuten.

Abg. Belz (Ztr.): Unser Ziel kann nur sein die Erhaltung des Reiches und allmähliche Gesundung der Wirtschaft. Zu solcher Arbeit haben sich die Mehrheitsparteien zusammengefunden. Die Koalition hat gehalten. Ohne sie gibt es keine Rettung.

Es war eine deutschnationale Bewegung,

aber sie war weder deutsch noch national. Die Rechte muß die Verantwortung für diese Dinge und für ihre Presse tragen, so lange sie politische Narren und Verbrecher in ihren Reihen duldet. Der Wahltermin war eine Zweckmäßigkeitsfrage. Aber

Verfassungsbruch, Meineid und Hochverrat,

unterstützt von Maschinengewehren, war das Arsenal Kapps. Alle verdächtigen Elemente müssen aus der Reichswehr, Offiziere und Mannschaften müssen mehr als bisher aus bürgerlichen und Arbeiterkreisen entnommen werden. Eine bloße Bewaffnung der Arbeiter kann man uns nicht zumuten. Das politische Gesindel aus dem Osten mit seiner Verhetzung muß aus dem Reiche entfernt werden. Hoffentlich haben die letzten vierzehn Tage auch den Zweiflern und Mißvergnügten unserer Partei die Augen geöffnet. Unsere Partei wird ihren Weg weitergehen. Er ist der rechte.

Abg. Henke (U. S.): Noske ist gegangen als Mann, der alles verloren hat. Winnig und Noske sind von einer Couleur. Wenn die Haltung der Gewerkschaften, die wir dilligen können, nur ein Manöver gewesen sein sollte, so werden wir dafür sorgen, daß der Arbeiterschaft der Star gestochen wird und die Politisierung der Gewerkschaften ihren Fortgang nimmt. Die alte Regierung hat von Stuttgart aus den Verbrechern von rechts scharfe Strafen angedroht. Was ist dagegen geschehen? Unter diesem Eindruck stehen die Arbeiter im Ruhrrevier. Die alten Konservativen hätten zu ihren Toten gestanden. Sie (nach rechts) sind zu feige dazu. (Lärm rechts.) Auch die neue Regierung ist dem Militarismus gegenüber ohnmächtig, solange sie sich nicht auf das bewaffnete Proletariat stützt. Wenn Herr Bauer als Reichskanzler das Vertrauen der Mehrheit nicht mehr hat, der es denn nun als Schauminister? Wir haben kein Vertrauen zu der neuen Regierung, vor allem nicht zum Reichswehrminister.

Abg. Legien (Soz.): Das deutsche Volk hat es satt, sich von den Kreisen, die den Putsch gemacht haben, weiter regieren und drangsalieren zu lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir können der Regierung unser Vertrauen aussprechen. (Beifall bei den Soz.) Glücklicherweise steht die Erklärung meines Vorredners in erfreulichem Widerspruch zu der Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter, die der unabhängigen Sozialdemokratie angehören. Ich hoffe, daß die gewerkschaftlichen Arbeiter, die zur unabhängigen Sozialdemokratie gehören, ihre Partei darüber belehren werden, was im Interesse der Arbeiterschaft notwendig ist. Bei der Ankündigung der Strafverfolgung allein wollen wir es nicht bewenden lassen. An den neuen Justizminister Blunck richte ich die dringende Aufforderung, daß er unsäumt einschreitet und dak nicht nur Arbeiter wegen irgendwelcher Vergehen verhaftet werden, sondern, daß endlich einmal die Hochverräter gefaßt werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Weiter fordere ich, daß das Vermögen der Hochverräter konfisziert wird. (Zustimmung bei den Soz.) Die deutsche Arbeiterschaft und Arbeitnehmerschaft hat die

Drangsalierung durch das Militär

satt. Wäre die Berliner Arbeiterschaft bewaffnet gewesen, die Baltikumtruppen wären nicht durch das Brandenburger Tor gezogen. (Unruhe.) Ohne Kenntnis von dem Aufruf der Regierung haben die Gewerkschaften bereits am 13. März mittags 11 Uhr im Bundesvorstand den Generalstreik beschlossen. Es folgte dann auch die Arbeitsgemeinschaft dreier Angestelltenverbände und die sozialdemokratische Partei. Wenn der Aufruf nicht gemeinsam erlassen wurde, so war er doch gleichartig. Wir waren uns der ungeheuren Verantwortung bewußt, die auf uns ruhte, wenn wir zu diesem gewaltigen im großen und ganzen bisher von uns abgelehnten Kampfmittel griffen; wir wissen, daß die Minderbemittelten am meisten unter dem Generalstreik leiden. Hier gab es aber keine Wahl. Es hat sich gezeigt, daß keine Regierung ohne Zustimmung der Arbeitnehmerschaft existenzfähig ist, auch wenn sie über die gewaltigsten militärischen Machtmittel verfügt. Die Regierung Kapp hat einsehen müssen, daß sie ohne Einvernehmen mit der Arbeitnehmerschaft nichts unternehmen kann. Bereits am Montag, den 15. März suchte sie Verbindung mit dem allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, um mit ihm zu einem Kompromiß zu gelangen. In einer Verhandlung ist es nicht gekommen. Bei der Aussprache aber hat der Vertreter Kapps dem Gewerkschaftsbund ein Programm unterbreitet, in welchem u. a. Amnestie für alle politischen Verbrechen seit November 1918 verlangt wurde. (Lachen bei der Mehrheit.) Man glaubte, mit diesem Vorschlag die Arbeiter tatsächlich einfangen zu können. Trotz der mündlichen Zusage Kapps, daß das Koalitionsrecht nicht angetastet werden sollte, war die Antwort, der Vorstand des Gewerkschaftsbundes könne nur mit einer auf Grund der Verfassung eingesetzten Regierung verhandeln. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun

ging Kapp zur Drohung über,

wie das ja bei den Konservativen üblich ist. Aber gerade infolge seines Streikverbots wurde in einer Sitzung in der Wilhelmstraße, in der sich auch Kapp festgesetzt hatte, am 16. März von den Gewerkschaften beschlossen, den Generalstreik fortzusetzen. Dieser konnte auch nach Kapps Rücktritt nicht abgebrochen werden, denn man hatte noch keine Sicherheit für die Verhinderung eines neuen Putsches. Vielleicht hätten die meineidigen Generäle uns eine neue Regierung gebracht, etwa eine Regierung Stresemann. (Heiterkeit.) Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Kindereien! Die deutschen Professoren sind so stets etwas kindisch gewesen. Die Sicherheiten für die Wiederkehr geordneter Zustände wurden erst geschaffen durch die bekannte Vereinbarung zwischen den Vertretern der Mehrheitsparteien und den Gewerkschaften. Dabei handelte es sich nicht um eine parteipolitische Stellungnahme der gewerkschaftlichen Organisationen, sondern um einen Kampf um ihre ureigenen Rechte. Bei der Demokratisierung der Verwaltung kann jeder Beamte nach seiner Fassung selig werden, aber wir verlangen, daß er nichts gegen die Regierung unternimmt, sondern seine ganze Arbeitskraft dem Staate zur Verfügung stellt. (Sehr richtig bei der Mehrheit.) Die Sozialisierungskommission muß vor allem verstärkt werden durch die Arbeitnehmerschaft, dann dürften ihre Arbeiten nicht wieder in irgend einem Ministerium vergraben werden. Eine durchgreifende Aenderung muß vor allem im Offizierskorps Platz greifen, daneben muß die organisierte Arbeiterschaft aufgenommen werden in die Reichs- und Sicherheitswehr sowie in die neuzubildende Volkswehr. Dieselbe Truppe die versagt hat im Kampf gegen die bewaffneten Baltikumer, gegen die unbewaffneten Arbeiter war sie kühn und mutig. Die Arbeiter aus einiger Vororte hatte es übernommen, die Lager gegen die Baltikumtruppen zu schützen: da rückten die Regierungstruppen an — d. h., man weiß ja kaum heute noch die Regierungstruppen von den andern zu unterscheiden, und es begann ein

Kampf zwischen der Arbeiterschaft und den sogenannten Regierungstruppen.

Die Arbeitnehmerschaft will sich die Verteidigung der Republik nicht bezahlen lassen, aber der Lohnausfall in den Streiktagen muß bezahlt werden, eventuell durch Unterstützung der kapitalschwachen Unternehmer durch das Reich. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß die Organisationen, die den Generalstreik durchgeführt haben, 12 bis 14 Millionen Mitglieder um-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200331-10/fragment/page=0002

stellen. Die Drohung mit der Arbeitsverweigerung der mitteldeutschen Streiks ist stark überschätzt; denn die haben unsere organisierten Arbeiter auch noch ein Wort, und nicht das letzte, mitzusprechen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Verhängnisvoll wäre es, wenn die deutsche Arbeiterschaft mit den vereinbarten Punkten enttäuscht würden, verhängnisvoll nicht für die Arbeiterschaft, nicht für die Partei, sondern für die Volksgemeinschaft, für das ganze Wirtschaftsleben. Deshalb nehme ich an, daß der Herr Reichskanzler diese Punkte nicht nur angenommen hat, sondern auch gewillt ist, sie durchzuführen. Dann muß er aber auch einschreiten gegen die tolle

Hetze, gegen den sogenannten Bolschewismus,

hinter der sich jetzt alle die Kreise verbergen, die Grund haben, die Rache der Republik zu fürchten. Es ist in Deutschland kein Boden für den Bolschewismus. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Sie (zu den Deutschnationalen) sind der einzige Boden dafür und Sie tragen auch die Hetze, die nur den einen Zweck hat, die Arbeiterschaft gegen einander aufzuwiegeln. (Sehr richtig! bei den Soz.) In Deutschland hat die Sozialdemokratie trotz der Sozialistengesetze im Verein mit den Gewerkschaften den Weg zum Sozialismus beschritten und wird ihn weitergehen zielbewußt, kraftvoll und ohne Wanken bis zum Sieg. (Lebhaftes sich wiederholendes Bravo.)

Reichswehrminister Geßler:

Ich werde versuchen, die Klust schnell zu schließen, die der Kapp-Putsch in der Reichsverteidigung geschaffen hat. Es handelt sich um ein Problem der Gesinnung. Die Verleger der Verfassung mußten entfernt werden. Eine Untersuchungskommission ist eingesetzt. Die Gesetzesvorlage betreffend

Aburteilung durch die Zivilgerichte

ist Ihnen zugegangen. Inzwischen haben aber auch die Gerichtsherren Anweisung, Verfahren einzuleiten. In die Brennpunkte der Bewegung sind Zivilkommissare entsandt. Daß wir in den schweren Tagen auf einen Teil unbedingt verläßlicher Truppen rechnen konnten, bleibt Noskes Verdienst. Daß er

von einer Reihe von Offizieren getäuscht

wurde, darunter muß die gute Reichswehr leiden. Die Schuldigen an den Ausschreitungen werden bestraft werden. Die Truppen müssen in die Kasernen, das Volk zur Arbeit zurückkehren. Mit dem Belagerungszustand soll raschestens abgehaut werden. An den heutigen Verhältnissen im Ruhrgebiet hat keine Partei schuld. Aber daß sie so werden konnten, daran ist die Sache Kapps schuld. (Lärm rechts.) Die Reichswehr muß nach der Säuberung auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaut werden ohne Gesinnungschnüffelei. Den demokratisch Gesinnten muß der gebührende Platz zukommen. Nachrichtendienst und Aufklärungsdienst in der Truppe selbst muß verbessert werden. Jede kastenmäßige Abschließung des Heeres muß aufhören. Die Führerstellen müssen besonders auch Demokraten offen stehen. (Beifall.)

Reichsminister Blunck

teilt mit, daß gegen Kapp, Jagow, Pabst, Bauer, Schiele, Bredereck, Freiherr von Falkenhausen, Doyé, von Lettow, von Winterfeld, Lindemann (Kiel) und andere das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet ist. Soweit die Genannten nicht in Haft sind, ist Steckbrief erlassen. Das

Vermögen ist beschlagnahmt.

Wegen der Verfolgung Traubs ist bei der Nationalversammlung ein Antrag eingegangen. Die Angelegenheit befindet sich bei den ordentlichen Gerichten. Wir dürfen dazu Vertrauen haben. (Beifall.)

Abg. Heinze (D. Vpt.): Als ich die Nachricht von der unverantwortlichen Tat Kapps erhielt, war ich aufs höchste entrüstet. Wir müssen unbedingt auf dem Boden des Rechtes stehen. Die gegenwärtige Verfassung muß geschützt werden. Wir können eine Regierung nur anerkennen, die auf der gegenwärtigen Verfassung beruht. Ich habe jede Verbindung mit Kapp abgelehnt, weil ich die Stimmung meiner Partei kannte. Wir haben in Stuttgart uns ebenfalls auf den Boden der Verfassung gestellt. Es wäre besser gewesen, wenn Sie auf unsere Forderung eines früheren Wahltermins eingegangen wären. (Lärm und Lachen.) Die ganze Agitation wird nun wahlagitatorisch gegen die Rechte ausgebeutet. Der Generalstreik war ein großer politischer Fehler. (Lärm bei der Mehrheit.) Das Heer darf in keiner Weise politisiert werden. Unternehmertum und Arbeiterschaft müssen im Wirtschaftsleben legal zu ihrem Rechte kommen. Dann werden Sie die Sachverständigen an der rechten Stelle haben. (Beifall.)

Vertreter Bayerns von Preger: Die Neubildung des bayerischen Kabinetts ist verfassungsmäßig vor sich gegangen. Dies gegenüber einer Bemerkung des Vorredners.

Abg. Haas (Dem.): Wir erkennen an, daß Dr. Heinze in diesen schweren Tagen eine völlig einwandfreie Haltung eingenommen hat, ja er hat sich große Verdienste um die Aufrechterhaltung der Verfassung erworben, ebenso auch andere Männer der Rechten. Aber weshalb hat die Rechte die führenden Persönlichkeiten geschützt, die der Verfassung die Treue nicht gehalten haben. Dr. Heinze hätte solche Kundgebungen, wie sie in den ersten Tagen des Putsches von der Deutschen Volkspartei erlassen wurden, nicht verteidigen sollen. Er hätte sie und ihre Verfasser preisgeben müssen. Mit dieser Kundgebung ward die neue Regierung ausdrücklich anerkannt. (Unruhe rechts. Zuruf: Provisorische Regierung.) Die Deutsche Volkspartei hat sich in dieser Kundgebung vor den Hochverrätern verbeugt. Die deutschnationale Volkspartei hat sofort, nachdem Kapp und Lüttwitz in Berlin eingedrungen waren, ein Telegramm an alle Organisationen gerichtet, worin es heißt: „Die Partei erwartet, daß die neue Regierung verfassungsmäßige Zustände herstellen werde und daß die Partei an der Sicherung von Ruhe und Ordnung mitarbeiten wolle." Das ist doch eine klare Anerkennung der Kapp-Regierung. (Rufe rechts: Nein!) In der Schlußseite heißt es schließlich: „Wir beerdigen mit tiefer Betriebdauna die neue Regierung, wir bringen ihr volles Vertrauen entgegen." Ist das auch keine Anerkennung der Hochverräter? (Unruhe rechts. Lachen und Hört, hört!) Jede Revolution muß aber ein Ende haben, und wenn die Bewegung vom November 1918 eine solche war, so ist sie jedenfalls beendet worden an dem Tage, als das Reich in Weimar die neue Verfassung erhielt. Es darf nicht jeder, wenn es ihm beliebt, in Deutschland einen hochverräterischen Putsch machen. Das Vorgehen Kapps war ein Verbrechen gegen das deutsche Volk und seine Zukunft. (Sehr richtig!) Eine schon verheißungsvoll gewordene Entwicklung wurde dadurch unterbunden. Es war die Pflicht der Reichsregierung, Berlin zu verlassen, da sie doch die Hochverräter nicht unterwerfen konnte. Sie mußte Aktionsfähigkeit haben und das war nur außerhalb Berlins möglich. Es muß scharfe Abrechnung mit den Hochverrätern gehalten werden. Hochverrat darf man nicht als Sport treiben. Auch an unseren Hochschulen muß mit den reaktionären Treibereien aufgehört werden. Ein Volk, dessen Jugend nicht vorwärts, sondern rückwärts schaut, ist verloren. Die Beamtenschaft hat sich mit verschwindenden Ausnahmen mustergültig benommen. Auch der Generalstreik war gut. Wenn Hochverräter eindringen, dann muß jedes Mittel benutzt werden, denn dann geht es um alles. Ich freue mich, daß die Herren von rechts gesehen haben, daß der Volkswille stärker ist als Gewehre und Kanonen. (Sehr auf! links.) Wenn es wieder einmal eine glückliche deutsche Zukunft geben sollte, dann wird der Name Noske in hohen Ehren in der deutschen Geschichte genannt werden. Man soll doch nicht das Wort Noskes so verurteilen, weil in gewissen Formationen das Unglück entstand. Wir können jetzt nur noch auf dem Boden der Republik leben. Es ist keine Reaktion in Deutschland möglich. Deutschland ist die Demokratie. Wir verlangen, daß in der Reichswehr endlich die Hoheitszeichen der Republik anerkannt werden. Schwarz-Rot-Gold ist nicht nur die Farbe der Republik, sondern auch der Reichswehr. Man muß das Ausland erkennen, daß es ja auch in seinem Interesse ermöglicht werden muß, daß die Demokratie in Deutschland zu Kreit zunehme. Das Land heißt jetzt Republik. In Zukunft müssen wir rufen: Es lebe die Republik!

Reichsminister Müller teilt mit, daß das Exekutivkomitee in Duisburg

der Reichsbankstelle mit bewaffneter Hand eine Million abgenommen

hat. Die Verhältnisse daselbst scheinen sich also noch nicht gebessert zu haben. Bezüglich der Zugehörigkeit des Herrn Kapp zur deutschnationalen Partei bleibt der Redner bei seinen Ausführungen von heute morgen.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß das Haus vermutlich morgen in die Osterferien gehen wird, und zwar bis zum 14. April.

Reichsminister Koch wünscht baldige Beratung des Wahlgesetzes.

Abg. Löbe (Soz.) stimmt dem zu.

Morgen 10 Uhr: Fortsetzung und anderes, darunter auch das Wahlgesetz und das Gesetz wegen Hochverrats.

Schluß nach 7 Uhr.

*

WTB. Berlin, 30. März. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten. Fortsetzung der Besprechung einer Erklärung der Regierung.

Abg. Düringer (Dn.): Die Nachricht, Kapp hat sich zum Reichskanzler gemacht, hat mich zu dem Satze veranlaßt, daß

die Dummheit die größte Todsünde

sei. Die Nationalversammlung hat ihre Aufgabe gelöst bis auf die Wahlgesetze. Regierungen und Parteien, die selbst verfassungswidrig ihre Macht verlängern, haben kein Recht, sich über den verfassungswidrigen Putsch zu entrüsten. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Ein sozialdemokratischer Minister sagte mir, durch die geheime Polizei sei die Regierung schon zehn Tage vorher von dem Putsch unterrichtet gewesen. Noskes Vorbereitungen seien aber ungenügend gewesen. Vielleicht war der Regierung die Entwicklung des Putsches gar nicht unangenehm. (Andauernder Lärm bei den Mehrheitsern. Unerhört!)

Präsident Fehrenbach: Ich teile Ihre Entrüstung, bitte aber, den Redner fortfahren zu lassen.

Abg. Düringer (fortfahrend): Meine Partei hat bezüglich des 13. März ein reines Gewissen. (Lachen bei der Mehrheit.) Die Männer, die den Putsch hinter dem Rücken der Partei angezettelt haben, haben in der Partei keine Rolle gespielt. (Rufe: Traub!) Traub ist erst nach der dem Putsch beigetreten. (Rufe: Kapp!) Kapp ist der Sohn eines Revolutionärs und erblich belastet. (Heiterkeit.) Traub hatte ich nicht für einen schlechten Menschen, aber für einen schlechten Politiker. Unsere Besprechungen im Reichsjustizministerium mit Lüttwitz und den Generalen haben zum Rücktritt Kapps geführt und damit den Putsch beendet, ohne daß der Generalstreik nötig gewesen wäre.

Reichskanzler Müller:

Im Ruhrgebiet, im Rheinland und Westfalen ist Erregung vorhanden, weil man schroffe militärische Maßnahmen erwartet. In der gestrigen Kabinettssitzung wurde beschlossen, alle unnötigen Schroffheiten zu vermeiden. Die Truppen dort sind regierungstreu. Sie lechzen nicht nach Arbeiterblut. Wie man in Elberfeld sieht, ist Blut genug geflossen. Wo überhaupt Truppen in Bewegung gesetzt werden, gehen Zivilkommissare voraus, um aufzuklären. Nahrungsmittel werden angeroollt, denn

die Lage in dieser Beziehung ist fürchterlich.

In Elberfeld droht man von neuem mit dem Generalstreik. Ein gemeinsames Flugblatt beider sozialdemokratischer Parteien sucht die unverantwortlichen Raubzüge der sogenannten Kommunisten ins rechte Licht zu setzen. Erfreulicherweise hat die französische Regierung zugestimmt, daß wir zwei bis drei Wochen lang eine erhöhte Truppenzahl in das neutrale Gebiet senden könnten. Damit haben wir eine größere Bewegungsfreiheit, und wir hoffen, daß wir die Ruhe herstellen können mit Hilfe der vernünftigen Arbeiter. Die Bedingungen des Generals Watter sind gemildert worden. Wir erwarten eine Entspannung in wenigen Tagen.

Reichsminister Koch:

Die demokratische Regierung ist keine Parteiregierung. Unsere Schuld wird es nicht sein, wenn die Gesetze über die Entschädigung der Auslandsdeutschen und andere nun nicht mehr von der Nationalversammlung verabschiedet werden können. Noch schlimmer ist es, daß die Wahlen nun gemacht werden müssen, bevor die Abstimmungen in den besetzten Gebieten beendet sind.

Die Maßnahmen der Regierung gegen die Erhebung im Westen hätten die richtige Mitte zwischen der Nachsicht gegenüber denen, die nur aus Unverstand zu lange auf der Straße geblieben sind, und der Strenge gegenüber denen, die von links die Anarchie erstreben.

Abg. Leicht (Bayr. Vpt.): Wir sind prinzipielle Gegner jeder Revolution. Ob das im Ruhrgebiet Bolschewismus ist, steht dahin. Aber er kann daraus werden.

Das Ultimatum war nötig,

denn wir brauchen Ruhe und Ordnung.

Abg. Wels (Soz.): Die Herren Heinze und Hergt hätten am 9. März schon das Parlament auf die Gefahr des drohenden Putsches aufmerksam machen müssen. Der Putsch war von langer Hand vorbereitet.

Kapp hat lange mit Ludendorff verhandelt

und nach Generalen gesucht, die den Mut einer Gewaltpolitik hätten. General von Seeckt hat angeordnet, daß die Zeitfreiwilligen in Pommern bis zum 10. April zusammenbleiben sollen. Die Zusammensetzung dieser Regimenter ist eine Gefahr für die Republik. Ich verlange schleunige Auflösung. Das Ausland wird Vertrauen zu der deutschen Demokratie gewinnen.

Ohne Koalition gibt es in Deutschland keine Regierung. Das sei den Unabhängigen gesagt. Das heutige Kabinett wird nur bis zu den Wahlen bleiben. Meine Partei stimmt dem Arbeitsprogramm der Unabhängigen in der „Freiheit" zu. Die Vereinigung der sozialistischen Parteien ist vielleicht eine Frage kurzer Zeit. Eine Arbeiterregierung aus Hand- und Kopfarbeitern, die auf dem Boden der Republik stehen, ist möglich. Der Feind steht rechts. Er soll den Kampf haben bis aufs Messer.

Präsident Fehrenbach bittet, sich kurz zu fassen. Man könne in zehn Minuten viel wirkungsvoller sprechen, als in einer Stunde.

Abg. Behrens (Dn.): Die Rede Wels' sei einer Volksversammlung würdig gewesen. Im Programm des Reichskanzlers sei die Landwirtschaft sehr mager weggekommen.

Abg. Dr. Hugo (D. Vpt.) weist zurück, daß seine Partei von dem Putsche Kapps Kenntnis gehabt habe. Auch der Kampf im Ruhrrevier sei vorbereitet gewesen. Verkleisterte Gegensätze nützen nichts.

Reichsminister Koch rechtfertigt das Verhalten der Regierung gegenüber den reaktionären Bestrebungen in der Studentenschaft. Die Reichsregierung wäre in Berlin in Schutzhaft genommen worden, wenn sie hageblieben wäre. Nur außerhalb Berlins konnte sie sich

zum Hort des Widerstandes gegen Kapp

entwickeln.

Abg. Seeger (U. S.): Hätte die Regierung, was sie jetzt tun will, schon früher mit eisernem Besen ausgefegt, dann wäre es nicht zu der Spannung gekommen, die zu den letzten Kämpfen geführt hat. Nur solange die Arbeiterschaft die Waffe in der Hand hat, ist sie sicher, daß sich der Terror von rechts nicht wiederholt. Die Hauptforderung der neun Punkte der Arbeiterregierung ist nicht erfüllt worden. Das schöne Gerede des Herrn Legien nützt nichts.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Der Antrag Arnstadt, Mißtrauensvotum gegen die Regierung, wird abgelehnt. Der Antrag Löbe von Payer-Trimborn, Billigung der Regierungserklärung, wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen angenommen.

Das Gesetz betreffend Aenderungen des Konsulatsgebührengesetzes wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ebenso das Gesetz betreffend Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte und das Gesetz für beschränkte Auskünfte aus den Strafregistern usw. Das Gesetz betreffend die vorläufige Reichswehr und Marine wird in allen drei Lesungen angenommen.

Das Gesetz betreffend Wochenhilfe wird an einen Ausschuß überwiesen.

Das Gesetz betreffend Durchführung des Einkommensteuergesetzes wird in drei Lesungen erledigt, das Gesetz über den Notetat in zweiter und dritter Lesung, ebenso das Gesetz betreffend den dritten Nachtragsetat für 1919.

Das Gesetz betreffend die Wahl des Reichspräsidenten wird an den Verfassungsausschuß überwiesen. Desgleichen das Reichswahlgesetz.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die

Aburteilung von hochverräterischen Unternehmungen

vom März 1920.

Abg. Schulz-Bromberg hat gegen den materiellen Inhalt des Gesetzes nichts einzuwenden, beantragt aber, die Abstimmung in den Formen vorzunehmen, die für eine Verfassungsänderung vorgeschrieben sind.

Regierungsseitig wird dem widersprochen, daß das Gesetz eine Verfassungsänderung bedinge.

Abg. Beyerlein (Bayr. Vpt.) ist derselben Meinung.

Abg. Dr. Cohn (U. S.) billigt den Inhalt des Gesetzes, das keine Verfassungsänderung bedeute.

Der Antrag Schulz wird abgelehnt, das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Dr. Haas (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen betreffend Erteilung der Genehmigung zur Verhaftung des Abgeordneten Dr. Traub.

Abg. Warmuth (D. N.): Der Beschluß des Ausschusses bedeutet einen Bruch mit der Tradition des Hauses. Material über den Fall Traub liege dem Hause absolut nicht vor.

Abg. Graf Dohna (D. Vpt.): Wir legen der Verfolgung der Kappisten keine Hindernisse in den Weg, aber wir wollen auch nicht von der Praxis des Hauses abweichen.

Abg. Geyer (U. S.-Leipzig): Wir bitten, den Ausschußantrag abzulehnen.

Abg. Thiele (Soz.) stimmt dem Ausschußbeschluß zu.

Abg. Schulz-Bromberg beantragt namentliche Abstimmung, bei der auch der Reichskanzler und mehrere Minister mitstimmen.

Einige Demokraten stimmen gegen den Ausschußantrag.

Dieser wird mit 145 gegen 71 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Nächste Sitzung: 14. April, nachmittags 3 Uhr: Petitionen usw.

Schluß 6¾ Uhr.

*

Das Vertrauensvotum für die neue Regierung.

Die Führer der drei Mehrheitsparteien Löbe, v. Payer und Trimborn, haben am Schluß der Montag-Sitzung der Nationalversammlung ein Vertrauensvotum für das neue Kabinett beantragt, dessen Wortlaut folgender ist:

„Die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung billigt die Erklärungen der Reichsregierung. Die Nationalversammlung verurteilt den gegen Staatsordnung und Staatswohl, Verfassung und Nationalversammlung gerichteten verbrecherischen Anschlag und die Anstifter und Helfershelfer des Staatsstreichs. Die Nationalversammlung bricht allen Teilen des Volkes, die durch gewaltsamen Widerstand die Verfassung geschützt haben, den Dank des Vaterlandes aus."

Der Antrag trägt die Unterschriften von 315 Abgeordneten. Das Vertrauensvotum mag der neuen Regierung ein Ansporn sein, nicht auf billigen Vorbeeren auszuruhen, sondern durch schnelle Taten die Hoffnungen des Volkes zu erfüllen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Ein neues Kabinett in Dänemark.

Kopenhagen, 30. März. Das heute vom König ernannte Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsidium und Justiz: Rechtsanwalt Otto Liebe, Unterricht: Universitätsdirektor Professor Rovsing, Minister des Innern: Stiftsamtmann Kammerherr Dybsholm, Verteidigungsminister: Kommandeur Konow, Minister für öffentliche Arbeiten: Ingenieur Monberg, Finanzminister: Direktor Kierkegaard, Kirchenminister: Rektor Hatz, Handelsminister: Schiffsreeder Svensson; Konow übernimmt einstweilen auch das Ministerium des Aeußern und Dybsholm das Ministerium für Landwirtschaft.

Friedensangebot Sowjetrußlands an die ganze Welt.

Annapolis, 29. März. New York American veröffentlicht ein drahtloses Friedensangebot von Sowjet-Rußland an die Nationen der Welt. Es umfaßt folgende Punkte: 1. Anerkennung der Sowjet-Republik Rußland; 2. Anerkennung des Rechtes, das Sowjet-Experiment in Rußland weiter zu entwickeln; 3. Bereiterklärung Sowjet-Rußlands, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen; 4. Verpflichtung der anderen Länder, sich ebenfalls der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu enthalten; 5. Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen; 6. Auflösung der Roten Armee, sobald der Friede gesichert ist; 7. Anerkennung durch Sowjet-Rußland der Schulden und Anleihen einschließlich der Zinsen der früheren russischen Regierung.

Die Sowjet-Regierung erklärt sich außerdem bereit, die Freiheit jedes Landes, sich seine eigene Regierungsart zu wählen, zu achten, und dieses Grundsatz auch auf die russischen Randstaaten anzuwenden. Sowjet-Rußland beansprucht für sich dasselbe Recht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200331-10/fragment/page=0003

Walhalla-Operettentheater.
½8 Uhr:
Der Mann ohne Vergangenheit.
Gustav Bertram
in der Titelrolle!
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 1. April, Anfg. 7, Ende 9½ Uhr:
Ilsebill.
Freitag geschlossen.
Sonnabend: Egmont.

Gewünschter verlag, kostenlos die 52seitige Broschüre „Gesunder Wegweiser mit wertvollen Ratschlägen u. Patentbureau Böhme, Halberstadt.

Neu! Neu!
Sport-Halle
Leipziger Strasse 96. Eingang Kl. Brauhausstrasse.
Eintritt frei.
Neu! Neu!

Nur noch bis 7. April.
Ausstellung
z. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
Halle, Martinsschule Charlottenstrasse.

Täglich geöffnet von 10 bis 7 Uhr für Damen u. Herren.
Donnerstag nur für Damen.
Eintrittspreis Mk. 1.–
Täglich ärztliche Führungen.
Veranstaltet vom National-Hygiene-Museum und der Deutschen Gesellschaft z. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Eintritts- und Garderoben-Blocks,
Tanzkontroller, Tanzblumen und Saal-Potkarten
empfiehlt billigst
Paul Lange,
Kurz- und Galanteriewaren-Grosshandlung,
Merseburgerstraße 168, Nähe Riebeckplatz.

Holzpantoffeln
nicht mit gefälschtem Lederblatt,
nicht aus Tuchblatt,
nur aus gutem, ganzen Lederblatt
liefert billigst
Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise. 950

Warum tragen Ihre Obstbäume nicht?
Antwort gibt kostenfreie Probenummer „Des Lehrmeisters im Garten und Kleintierhof" vom Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Maschinen-Garn u. Zwirne
schwarz und weiss, eingetroffen
Wünsch & Kaps. Ludw. Wuchererstr. 1a.

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16 Steinweg 20
Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung zur Lieferung direkt ab Fabrik, daher Bestes! preiswert.

Bruchbänder, Geradehalter, Vorfallbandagen, Suspensorien, Wandernierenbandagen, Nabelbruchbänder, Gummistrümpfe, Plattfusseinlagen, Leibbinden und sämtliche Artikel zur Kranken- u. Wöchnerinnenpflege
Reparaturen aller Art in kürzester Zeit.
Halle, Gr. Ulrichstr. 63 gegenüb.
Speer, Arnold & Troitzsch Fernsprech. 4899.
Krankenkassenlieferant.

Licht-Spiele
Nur noch bis Donnerstag:
Nonne und Tänzerin.
Lebensschicksale zweier junger Mädchen.
6 Akte.
Ab Sonnabend, den 3. April:
Maria Evere.
Die Geschichte einer Komödiantin in 8 Akten.
In der Hauptrolle:
Lya Mara
Einlass 3½ Uhr. Beginn 4 Uhr.
Fernsprecher 4681. Grosse Ulrichstr. 51
Im Herzen der Stadt

Am Ostersonnabend, d. 3. April 1920
bleiben unsere Kassen u. Geschäftsräume
geschlossen.
Vereinigung Hallescher Bankfirmen.

Ein wertvolles Buch für die Arbeiter-Bibliothek
Soeben erschienen:
Ein Jahr im Dienste der russischen Sowjetrepublik
Von Michael Smilg-Benario
Preis M. 4.40, geb. M. 6.60. Direkte Nachnahme-Zusendungsgebühren 60 Pfg. extra.
INHALT: Der Terror / „Wir ideen ganze Klassen ..." / Zur Zwangsarbeit verurteilt / Das Bodenmonopol in Urfol einiger Kommunisten / Steuereinschätzung / Sowjet-Gerichte / Bei Maxim Gorki und Zinowjew / Zustände im bolschewistischen Russland / Verbrechungen zur Flucht / Letzte Eindrücke in Petersburg / Auf der Flucht / In Deutschland als Bolschewist verhaftet
Das Werk beschäftigt die internationale Presse
Der „Vorwärts" nahm in seinem Leitartikel „Tragödie der Nacht" zu dies. Buch Stellung. In seiner Arbeiterbibliothek soll dieses wichtige Werk, das als maßgebendes Urteil bei der Beurteilung der Frage Sowjetrussland-Deutschland anzusehen ist, fehlen.
„Der Firn" Verlag, Berlin W 57
Das Buch ist auch in unserer Parteibuchhandlung der Volksstimme, Gr. Ulrichstrasse 27 vorrätig.

Zu verkaufen
Chaiselongue
neue mit guten Bezügen und Decken pr. Verarbeitung preiswert zu verkaufen.
Charlottenstr. 9. E. Mass.

Höchste Preise für
Kupfer Rotguss Messing Blei
zahlen
Reuter & Sohn
Vertreter K. Scholz, Dachritzstrasse 4, Hof.

Kaufgesuche
Alte Sorten Felle, Häute, Tierhaare u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178

Zahle
die höchsten Preise für alte Maschinen, Motore, ganze Maschinenanl. gegen sofortige Kasse
K. Köhler, Kl. Sandberg 23, Telephon 5192.

Zahle
jetzt die höchsten Preise für ausgekämmtes Damenhaar
Albin Rothe, Friseur, Hohenmölsen.

Felle!

Ziegen	bis	160 Mk
Zickel	„	20 „
Schmaschen	„	15 „
Katzen	„	45 „
Hamster	„	6 „

Marder, Füchse, Otter usw. höchste Tagespreise.
R. Pannier,
Schillerstraße 28, Hof. 9–12 u. 2–5.
Gem. b. Fa. Julius R. Fränkel, Leipzig.

Rolladen Jalousien Markisen
neu.
Liefert u. repariert Fach-Firma
Hönemann
Büro: Am Bauhof 1.
Fernr. 5849 u. 3631.

Leder-
Ausschnitt, Schuhmacher-Bedarfsartikel, Maß-Schäfte, Ledercreme, Appreturen.
F. Noah,
Leipziger Strasse 16, Ecke Gr. Sandberg.

Schnitzel, Dörrgemüse, getrock. Möhren,
vorzügl. Ziegen- u. Pferdefutter
„Elvenge", e. G. m. b. H.
Gr. Märkerstr. 5.

Glückwunschkarten
zur Konfirmation und zum Ostersonntag empfiehlt
J. Zoebisch, Gr. Steinstraße 62.

Zum
Schulanfang:
Schultornister
für Knaben und Mädchen
Büchertaschen
Schiefertafeln
Schieferkasten
Schulbücher
usw.
Albin Hentze
24 Schmeerstraße 24

Bettnässen
wird sofort beseitigt.
Jedermann erhält kostenlose Auskunft nach Angabe v. Alter u. Geschlecht.
Dr. med. Th. Eisenbach, München, Schwanthalerstr. 43/A158

Empfehle mein reichhaltiges Lager an
Uhren und Goldwaren
Albert Mennicke
Uhren- und Goldwarenhaus,
Gr. Steinstraße 62.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preisen
Kurt Unger, Uhrmacher.
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße).

Weißenfels

Bekanntmachung.
Lebensmittelverteilung im Stadtkreise.
In der Woche vom 29. März bis 3. April 1920 kommen nach der Kundenliste auf Marke 354
125 gr Grütze zum Preise von 73 Pfg.
das Pfund
zur Verteilung. Markenablieferung und Bestandsanzeige der Verkaufsstellen am Mittwoch, den 7. April 1920, an die Warenabteilung des städtischen Lebensmittelamtes, Leopoldo-Kellstraße 14.
Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915 bestraft.
Weißenfels, den 26. März 1920.
Der Magistrat.

Fleischabgabe.
Die Fleischwenge für die Woche vom 29. März bis 4. April 1920 beträgt:
100 Gramm Fleisch mit Knochen oder Wurst
80 Gramm Fleisch ohne Knochen od. Schackfleisch
zum Preise von 75 Pfg.
Auf Kinderkarte die Hälfte.
Es haben zur Fleischkarten für die Woche vom 29. März bis 4. April 1920 Gültigkeit.
Weißenfels, den 30. März 1920.
Der Magistrat.

Lebensmittelverteilung im Stadtkreise.
In der Woche vom 5. bis 10. 4. 1920 kommen nach der Kundenliste auf Marke 355:
125 gr Nudeln zum Preise von Mk. 1.18 das Pfd.
auf Marke 356:
125 gr. Kunsthonig „ „ „ 2.70 „ „
zur Verteilung.
Markenablieferung und Bestandsanzeige der Verkaufsstellen am Dienstag, den 13. April 1920 an die Warenabteilung des städt. Lebensmittelamtes Leopold Kellstr. 14.
Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnungen vom 23. 9./4. 11. 1915 bestraft.
Weißenfels, den 1. April 1920.
Der Magistrat.

Apollo-Theater
Anfang 7½ Uhr.
Wiedereröffnung Sonnabend, den 3. April,
mit der Operetten-Neuheit:
„Die kleine Hoheit".
Operette in 3 Akten von Martin Knopf.
In den Hauptrollen:
Fanny Köbe und Fritz Schulz.
Seit Jahren der größte Operettenerfolg!
Im Neuen Operettenhaus Berlin täglich ausverkaufte Häuser!
Bereits gelöste Billetts müssen umgetauscht werden.
Vorverkauf 9–1 u. 5–7 Uhr.

Bitterfeld

Bekanntmachung.
Auf Abschnitt 34 des Lebensmittelscheines kann in den Butterverkaufsstellen 1 Käse zum Preise von 29 Pf. entnommen werden.
Abschnitt 28 verliert gleichzeitig seine Gültigkeit.
Bitterfeld, den 25. März 1920.
Der Magistrat
Richter.

Bekanntmachung.
Für die Woche vom 28. März bis 3. April d. Js. gelangen auf Abschnitt 3 der Kartoffelkarte 5 Pfd. Kartoffeln auf die Person zum Preise von 38 Pfg. das Pfd. zur Ausgabe. Der Kartoffelverkauf ist neben den bisherigen Verkaufsstellen, der
Kartoffelhandlung von Wilhelm Oehlert, Antonstr.
„ „ Ww. Berend.
„ „ Juh. Eduard Dietrich, Kaiserstr.
„ „ Marie Nießner, Jun. Förd. Str.
übertragen worden.
Bitterfeld, den 25. März 1920.
Der Magistrat: Heinrich.

Ausgabe von Zuckerkarten.
Die Aus ade der Zuckerkarten erfolgt am
Mittwoch, den 31. d. Mts. von 8–1 Uhr die Bezirke 1–5 Donnerstag, den 1. n. Mts. von 8–1 Uhr die Bezirke 6–10 im Döringschen Konzerthaus, Kaiserstraße 67, gegen Vorlegung der Brotscheine.
Bitterfeld, den 29. März 1920.
Der Magistrat.
Schmidt.

Bekanntmachung.
Nachdem die erhobenen Wahlbeschwerden vom Bezirksausschuß zurückgewiesen sind, treten beide Gerichte satzungsgemäß in 2 Wochen in Tätigkeit.
Auf Grund des § 23 Abs. 1 der Ortssatzung über das Gewerbe- und Kaufmannsgericht zu Bitterfeld vom 4.8. April 1919 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß sich das Gewerbe- und Kaufmannsgericht aus folgenden Herren zusammensetzt:
I. Vorsitzender: Bürgermeister Schmidt, Bitterfeld
II. 1. stellv. Vors.: Rechtsanwalt Dr. Johannes Kleinau, Bitterfeld
III. 2. stellv. Vors.: Beigeordneter Paul Fruhner, Bitterfeld
IV. Beisitzer: A. für das Gewerbegericht:
a) aus dem Kreise der Arbeitgeber:
Fabrikdirektor Dr. Ernst Borsbach, Bitterfeld
Fleischermeister Richard Gernau, Bitterfeld
Fabrikbesitzer Dr. August Pütz, Bitterfeld
Diplom-Bergingenieur Gustav Meyer, Bitterfeld
Schuhmachermeister Albert Fischer, Bitterfeld
Fabrikdirektor Adalbert Pertik, Wolfen, Kreis Bitterfeld
Stellmachermeister Wilhelm Bunge, Bitterfeld
Fabrikbesitzer Walter Moritz, Bitterfeld
b) aus dem Kreise der Arbeitnehmer:
Arbeiter Wilhelm Borrmann, Bitterfeld
Former Gustav Blum, Bitterfeld
Installateur Otto Wagner, Bitterfeld
Arbeiter Robert Weicke, Greppin
Maschinist Hermann Stroh, Bitterfeld
Maurerpolier Hermann Kuntze, Bitterfeld
Bergarbeiter Otto Keisel, Bitterfeld
Werkmeister Paul Hofmann, Bitterfeld
B. für das Kaufmannsgericht:
a) aus dem Kreise der Kaufleute:
Fabrikbesitzer Max Banse, Bitterfeld
Kaufmann Rudolf Hainsch, Bitterfeld
Bergwerksdirektor August Grone, Bitterfeld
Direktor Albert Bode, Delsen
Kaufmann Max Ungewiß, Bitterfeld
Fabrikbesitzer Paul Thomas, Bitterfeld
b) aus dem Kreise der Handlungsgehilfen
Handlungsgehilfe Emil Fischer, Bitterfeld
„ Karl Gaulin, Bitterfeld
„ Paul Moldenhauer, Wolfen
„ Willy Hempel, Bitterfeld
„ Albert Barth, Bitterfeld
„ Otto Krüger, Deutsche Grube
Als Gerichtsschreiber sind bestimmt:
Magistratssekretär Otto Thielicke, Bitterfeld
Stellvertreter: Büroassistent: Gustav Binke, Bitterfeld
Die Gerichtsschreiberei befindet sich im Rathaus, 1. Etage Zimmer 9. Mündliche Anträge werden dort von 8–1 Uhr entgegengenommen.
Bitterfeld, den 24. März 1920
Der Magistrat
Schmidt

Delitzsch

Städtischer Lebensmittel-Verkauf.
Butter vom Dienstag, den 30. d. Mts. ab 25 Gramm für 65 Pfg.
Grauper von Mittwoch, d. 31. ds. Mts. bis Sonnabend, den 3. 4. in allen Verkaufsstellen auf Abschnitt Nr. 74 ½ (drittel) Pfund für 25 Pfennig. Pb 6. 4. markenfrei.
Kakao vom 29. März bis 3. April für Kinder bis zu 4 Jahren auf Milchkarte 90 Gramm für 1.30 Mk. bei Fr. Hoyer, Bäckermstr. u. F. R. Werner, Leipzigerstr.
Kartoffeln 3. Woche. 3 Pfund, das Pfund für 20 Pfg.
Marmelade: Von Mittwoch, den 31. 3. bis Sonnabend, den 3. 4. bei den Gruppen 3, 4 u. 5 und wo sonst noch vorhanden. ½ Pfund für 95 Pfennig auf Abschnitt Nr. 73 Pb 6. April markenfrei.
Nährmittel für Kinder, Kranke und Personen über 70 Jahre auf Weißbrotkarten wöchentlich je ½ Pfund in den Bäckereien Brüie, Max Hennig und Weiser. (Haferflocken 92 Pfg.) Hafermehl 2.00 Mk. Anglands-Gries 2.90 Mk. das Pfund.
Speisebohnen von Dienstag, d. 30. ds. Mts. ab auf Abschnitt Nr. 117 je ½ Pfund weiße handverlesene Auslandsbohnen für 2.50 Mk.
Speiseöl vom Dienstag, den 30. d. Mts. ab auf Butterkartenabschnitte der 15. Woche je 30 Gramm für 1.13 Mk.
Delitzsch, den 27. März 1920.
Der Magistrat.

Sonderzuweisung von Margarine.
Vom 1.–3. d. Mts. gelangen auf Abschnitt Nr. 104 je 300 gr Margarine für 3.95 Mk. zur Ausgabe.
Delitzsch, den 31. März 1920.
Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200331-10/fragment/page=0004

Preußische Landesversammlung.

Antrittsrede des Ministerpräsidenten Braun.

WTB. Berlin, 30. März. 131. Sitzung. 11 Uhr.

Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt.

Präsident **Leinert**: Seit unserer letzten Zusammenkunft hat sich Furchtbares ereignet. Am 13. März hat der Generallandschaftsdirektor Kapp, unterstützt von meuternden Offizieren, sich in den Besitz der politischen Macht gesetzt.

An dem einmütigen Willen des Volkes ist das Verbrechertum gescheitert.

Aber der Bürgerkrieg hat furchtbare Opfer gefordert und ist leider noch nicht zu Ende. Ich fühle mich verpflichtet, allen, die am Sturze der verbrecherischen Regierung mitwirkten, zu danken für die Treue, die sie der deutschen Republik bewahren. (Lebhafter Beifall.) Für das Vorgehen der Kapp und Genossen gibt es kein Beispiel. Schnell und wirksam muß die Bestrafung sein. (Lebhafte Zustimmung.) Den Mitgliedern des Hauses ist der Eintritt in das Haus mit Gewalt verwehrt worden. Ich habe deswegen

Strafantrag gestellt.

Im Namen der Landesversammlung spreche ich allen Hinterbliebenen der im Bürgerkrieg gefallenen Zivilisten Teilnahme aus. (Die Mitglieder erheben sich.) Die Versammlung fordert von der Regierung, daß sie alles tut, um Wiederholungen solcher Gewalttaten freventlichen reaktionären Machthungers zu verhindern. (Lebhafter Beifall.)

Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung betreffend die

Berufung der Staatsminister

teile ich mit, daß mir von dem bisherigen Ministerpräsidenten Hirsch ein Schreiben zugegangen ist, wonach das Staatsministerium angesichts der völlig veränderten politischen Verhältnisse seine Demission einreicht. Ich habe zum Ministerpräsidenten und Minister der Landwirtschaft Herrn Braun berufen. Es scheiden aus die Minister Hirsch, Heine und Südekum. Sie haben in schwieriger Zeit die Geschäfte übernommen. Namens der Landesversammlung (Rufe der Unabh. Soz.: Nein!) — also namens der überwiegenden Mehrheit der Landesversammlung spreche ich den scheidenden Ministern lebhaften Dank aus.

Ministerpräsident Braun:

Ich habe die Ehre, dem Hause das neue Kabinett vorzustellen. Den ausgeschiedenen Ministern spreche ich auch den Dank des Landes aus. Das deutsche Volk und seine Wirtschaft gleichen einem Schwerkranken. Unter unsäglichen Mühen gelang es, den Kranken sehr langsam auf den Weg der Genesung zu bringen. Da kam der jähe Rückfall.

Ein Dolchstoß in den Rücken traf das deutsche Volk,

geführt von Verbrechern und Irregeleiteten. (Sehr richtig!) Die Hochverräter bemühen sich, die Schuld der Regierung zuzuschreiben. Dieses falsche Spiel, was besonders von der deutschnationalen Presse betrieben wird, muß durchkreuzt werden. Die Deutschnationalen werden

das Kainszeichen des von ihren Parteigängern erneuten entfesselten Brudermordes

nicht mehr los. Unerbittlich muß gegen die Urheber dieses Unglücks eingeschritten werden. Verständnisvolle Milde kann nur gegen die Irregeleiteten walten. Beamte, die die Hochverräter bewußt unterstützen, sind ohne Nachsicht auszumerzen. Durch den Bolschewistenschreck, den die Staatsfreichler an die Wand malen, lassen wir uns nicht beirren. Den Bürgern und Arbeitern im Westen, die sich zum Schutze der Verfassung erhoben hatten, rufe ich zu:

Legt die Waffen nieder;

die Republik ist gesichert. Die Demokratie kann sich weder von rechts noch von links meucheln lassen. Das Volk hat ein wuchtiges Bekenntnis zur Republik und Demokratie abgelegt. In Treue und Ehrfurcht gedenke ich der Kämpfer, die zum Schutze der Verfassung ihr Leben gelassen haben. Dank allen, die der verfassungsmäßigen Regierung die Treue bewahrten. Zu bedauern ist die Verzögerung der Besoldungsreform infolge des Putsches. Die Regierung wird sich nunmehr um ihre schnellste Erledigung bemühen. Die neuen Gehaltssätze werden unbedingt rückwirkende Kraft bis 1. April bekommen müssen. Auch die Arbeiter und Angestellten, die durch die Wucht der wirtschaftlichen Waffe die Putschisten niedergerungen, haben Anrechte auf Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen. Die Regierung wird sich dafür einsetzen. Jetzt gilt es, Ruhe und Ordnung zu sichern. Die vorhandenen Lebensmittel müssen rücksichtslos erfaßt und verteilt werden. Die

Schieber und Wucherer

werden schärfer angefaßt werden. Notwendig ist die Steigerung der Produktion. Dazu brauchen wir eine großzügige Landeskultur. Auch die Wohnungsreform bedarf der raschen Lösung. Fest auf dem Boden der Reichseinheit stehend, werden wir ferner die große verwaltungstechnische Reform in die Bahn größerer Selbständigkeit der einzelnen Provinzen lenken. Die Verfassung unseres Staatswesens muß in allen seinen Gliedern auf demokratische Grundlage gestellt werden. Unverzüglich werden dann

die Wahlen zum preußischen Parlament

ausgeschrieben werden. Unseren Brüdern, die im besetzten Gebiet ihren heroischen Kampf für das Deutschtum führen, entbiete ich herzlichen Gruß. Ich darf wohl im Namen aller Parteien den Nordschleswigern Dank und Anerkennung aussprechen und ihnen unseren brüderlichen Gruß zurufen. Jetzt gilt es, wieder zu arbeiten für die Demokratie, die allein unserem Volke eine glückliche Zukunft verbürgt. (Lebhafter anhaltender Beifall der Mehrheit.)

Die Besprechung der Rede wird zunächst ausgesetzt.

In zweiter und dritter Beratung angenommen werden die Gesetzentwürfe zur Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen aus den abgetretenen oder besetzten Gebietsteilen, ferner zur Erweiterung des Stadtkreises Geestemünde und zur Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens in Geestemünde. Der Gesetzentwurf zur Feststellung eines Nachtrags zum Etat von 1919 geht an den Hauptausschuß. Ebenso der Antrag Gräf-Frankfurt (Soz.) betreffend die einstweilige Regelung des Haushalts für 1920 und betreffend die Aenderung des Gesetzes über die Entschädigungen für die Mitglieder der Landesversammlung.

Dann tritt das Haus in die

Aussprache über die Rede des Ministerpräsidenten

Abg. **Wildermann** (Ztr.): Grundsätzlich halten wir jede Revolution für ein Verbrechen. Nur die Koalitionspolitik kann das Vaterland wieder hochbringen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Hergt**, Dn. (mit großem Lärm der Linken und Zurufen: Hochverräter! empfangen): Der Kapputsch war schon am 14. März endgültig erledigt, weil er von vornherein aussichtslos war. (Lachen und Lärm links.) Es war ein großer Fehler der Mehrheitsparteien, daß sie die Neuwahlen verzögerten und die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk verhindern wollten. Wir gehen zuversichtlich in den Wahlkampf, und letzten Endes werden wir siegen. (Lebhafter Beifall rechts, großer Lärm und Zwischenrufe bei der Mehrheit.)

Ministerpräsident Braun:

Ich muß die Behauptung, daß die Regierung von den Plänen der Putschisten im voraus unterrichtet gewesen sei, als unrichtig zurückweisen. Die Deutschnationalen haben sich offen bereit erklärt, mitzuarbeiten mit den Hochverrätern. Gelingt der Verrat, dann arbeitet die Partei mit, gelingt er nicht, dann zieht sie sich zurück. Das ist der Standpunkt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Inzwischen ist ein Antrag der Mehrheitsparteien eingegangen, der

die Erklärungen der Regierung billigt

und ihr das Vertrauen der Landesversammlung ausspricht.

Abg. **Limpert** (Soz.): Bei den Deutschnationalen ist keiner für den andern verantwortlich. (Heiterkeit.) Wir haben aber

Dokumente für ihre Schuld an dem Putsch.

Die Deutsche Volkspartei trifft der gleiche Vorwurf. Sie hat den Generalstreik als ein Verbrechen am Volke bezeichnet. Die Marinedivision muß verschwinden. Wir müssen eine wirklich republikanische Sicherheitswehr bekommen. Mit der Kabinettsbildung stimmen wir überein.

Abg. Dr. von **Krause** (D. V.): Wenn der Vorredner daraus, daß wir den Generalstreik verurteilen, den Schluß zieht, wir seien Kappisten, so fehlt ihm die Logik. Eine Klassenherrschaft ist in jedem alle zu verwerfen, gleichviel ob sie von rechts oder von links kommt.

Abg. Dr. **Friedberg** (Dem.): Der jetzige Umsturzversuch hat in einem Augenblick stattgefunden, in dem er

dem Vaterlande den allerschwersten Schaden zufügte.

Einen äußeren Anstoß zu dem Putsch hat die Deutschnationale Partei zwar nicht gegeben, aber mittelbar schuld ist sie wegen der Stimmung, die sie durch ihr Kampfmittel gegen die Regierung erzeugt. (Sehr richtig.)

Das Haus vertagt sich. Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 31. März 1920.

* **Ein Wechsel in unserer Redaktion** tritt dadurch ein, daß der bisherige politische Redakteur, Gen. Max Seydewitz am 1. April aus der Redaktion ausscheidet, um die Leitung der Zwickauer Parteizeitung, des „Sächsischen Volksblattes", zu übernehmen. An Stelle des Genossen Seydewitz wird der Genosse R. Drescher treten. — Wir wünschen unserem Genossen Seydewitz in seinem neuen Wirkungsbereiche die gleiche Tatkraft und Erfolge, die wir ihm hier zu danken haben.

Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 29. März.

Der stellv. Vorsitzende **Keil** eröffnete die Sitzung und teilte der Versammlung mit, daß der Stv Sorger (Dem.) sein Mandat zur Verfügung gestellt habe.

Zum stellvertretenden Mitgliede der Gebäudesteuerveranlagungskommission wurde der Stv. Heine gewählt.

Zur Kriegsbilfeklassendeputation wurden die Stv. Frl. Schrecker (Dem.) und Frl. Bolke (Dn.) wiedergewählt.

Es folgte eine dringliche Vorlage, welche die

Erhöhung der Theatereintrittspreise beantragte.

Stv. Borngs (Dem.) als Berichterstatter führte u. a. Folgendes aus: Da das hiesige Stadttheaters trotz des guten Besuches einen jährlichen Zuschuß von 700 000 M. erforderte, macht sich eine Erhöhung der Eintrittspreise unumgänglich nötig. Im Vergleich zu anderen Städten, die sich in ähnlicher Situation befinden wie Halle, zahlt man in unserer Stadt die weitaus niedrigsten Eintrittspreise. Es ist deshalb in Uebereinstimmung mit der Theaterdeputation beschlossen worden, die Preise einschließlich der für Stammkarten um 50 Prozent zu erhöhen. Dazu kommt aber noch die nach der neuen Lustbarkeitssteuerordnung zu erhebende Kartensteuer, womit die Erhöhung des Gesamtpreises etwa 80 Prozent ausmacht. Die neuen Preise werden dem Theaterrat, wenn sie nicht den Theaterbesuch unzulässig beeinflussen, eine Mehreinnahme von etwa 475 000 M jährlich bringen. In welchem Umfange aber der städtische Zuschuß für das Theater dadurch tatsächlich verringert wird und für wie lange die neue Preisfestsetzung ausreicht, läßt sich gegenwärtig nicht beurteilen.

Der Vorlage wurde zugestimmt. Es kosten also nunmehr vom 1. April 1920 ab die Eintrittspreise für Oper:

Vorbühnen-Laube 13,50 M. (7,60 M. bisheriger Preis), Vorbühnen-Laube, I. Ring 13,50 M. (7,60 M.), I. Ring-Laube 11,50 M. (6,25 M.), I. Ring 10,50 M. (5,85 M.), Sessel 10,50 M. (5,85 M.), Sperrsitz 9,70 M. (5,35 M.), I. Platz 7,70 M. (4,90 Mark), II. Platz 5,80 M. (3,35 M.), II. Ring-Laube 4,50 M. (2,70 M.), II Ring Vorderreihe 4,50 M. (2,70 M.), II. Ring Hinterreihe 2,40 M. (1,45 M.), II. Ring letzte Reihe 1,50 M. (0,95 M.), III Ring 2,80 M. 1,75 M.), Oberring 1,90 M. (1,15 Mark).

Für Schauspiel: Vorbühnen-Laube 11,50 M. (6,35 M.), Vorbühnen-Laube I. Ring 11,50 M. (6,35 M.), I. Ring-Laube 10,30 Mark (5,85 M.), I Ring 9,40 M. 15,35 M.), Sessel 9,40 (5,35 Mark), Sperrsitz 8,00 M. (4,60 M.), I. Platz 6,50 M. (3,60 M.) II. Platz 4,60 M. (2,60 M.), II. Ring-Laube 3,70 M. (2,25 M.), II. Ring Vorderreihe 3,90 M (2,25 M.), II. Ring Hinterreihe 2,20 M. (1,25 M.), II. Ring letzte Reihe 1,30 M. (0,80 M.), III Ring 2,40 M. (1,45 M.), Oberring 1,60 M. (1,00 M.).

Volksvorstellungen 1,50 M., 1,00 M. und 0,60 M.

Stammkarten je Vorstellung: Vorbühnen-Laube 10,00 M. (4,65 M.), I. Ring-Laube 10,00 (4,65 M.), I. Ring 8,00 M. (4,00 Mark), Sessel 8,00 M (4,00 M.), Sperrsitz 7,00 (3,40 M.), I Platz 5,40 M. (2,75 M.), II. Ring Vorderreihe 3,80 M. (1,80 Mark).

Der nächste Punkt.

Lohnregelung für städtische Arbeitnehmer.

zeitigte eine längere Debatte. Die vom Magistrat vorgeschlage-

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

2. Fortsetzung.

In wirren, wechselnden Bildern drängten sich dem alten Manne die Erinnerungen seines Lebens auf, und er sammelte und sichtete, wie es sich bot, ob es fern oder nah lag, was er genossen oder gelitten, gut gemacht oder übel getan, und suchte es gegeneinander abzuwägen; denn was eines erlebt, das muß doch einen Sinn haben, Freud und Leid, Rechttun und Verschulden mußte sich ja doch ausgleichen! Aber die Rechnung wollte ihm nicht stimmen.

Warum er den Hof verlassen hatte und jetzt beharrlich nach einer Richtung den Weg verfolgte, er wußte es nicht. Plötzlich blieb er stehen und horchte auf, er vernahm das Geräusch eines herankommenden Wagens, und nun besann er sich, seinen Kindern war er entgegengegangen. Nun rief er sie an, sie mußten halten und ihn auf das Sitzbrett, in ihre Mitte nehmen. Da saß sich's gut.

„Nun, wie geht's daheim?" fragte der Bursche.

„Eine Schwester habt ihr gekriegt."

Mehr sagte der Bauer nicht, und die beiden frugen nicht weiter, und so fuhren sie denn schweigend dahin.

Abenddämmerung lag über den Matten.

Als sie der Stelle zusenkten, wo der „Wasser-Graben" in den ihren einmündet, da rasselte ein anderes Fuhrwerk daher, und sie wurden angerufen: „Liebe Leutein, haltet ein wenig auf, laßt mich vorfahren!"

„Ist's nicht der Knecht aus der Mühl'?" fragte Reindorfer, indem er die Zügel anzog. „Wohin noch in der Eil?"

„Nach'n Pfarrhof. Der Müller macht's nimmer lang. Gute Nacht!"

Damit polterte der Wagen ihnen voran, er war ihnen lange aus Gesicht und Gehör, als sie durch ihr Hoftor einfuhren.

Vom Hofe aus führt eine Stiege nach dem Dachboden, einige Pfeiler stützen sie, und der Raum zwischen ihnen und dem Treppengange heißt „die Lauben", in derselben befand sich ein Tisch, und dahin trug jetzt die Magd das Abendessen für den Bauer und das Gesinde. War ja ohnedies heut spät geworden.

Der junge Reindorfer trat nur unter die Türe, um seine Mutter zu grüßen, das Mädchen aber schlüpfte an ihm vorbei und eilte zur Wiege.

Die Bäuerin erwiderte den Gruß ihrer Kinder, dann kehrte sie sich hinüber zur Wand.

Als der Bursche die Tür hinter sich zuzog, sagte die Tochter, welche sich über den Säugling gebeugt hatte: „Ist ein klebers (kleber gleich unscheinbar, gering) Ding. War ich auch so?"

„Ist doch keines anders."

Der Bescheid wurde mit halb ungläubigem Lächeln aufgenommen.

„Gute Nacht, Mutter!"

Die Wöchnerin war allein — und sie sollte auch allein bleiben.

Nach dem Abendessen und geschehener Danksagung bedeutete Reindorfer die Magd, sie möge in der Küche schlafen, daß sie zur Hand sei, wenn etwa der Bäuerin nachts etwas zustoßen sollte, er meinte aber, Ruhe sei ihr vor allem vonnöten, und darum geh' er heute mit seinen Kindern auf den Dachboden schlafen.

Noch friedlicher, als er im Tageslicht gelegen, lag nun der Hof im Mondenschimmer, denn auch seine Inwohner ruhten; der Schlaf hielt sie in seinem Banne, den Sinnen — durch die aller Reiz und alle Regung, alle Lust und Leid ihren Einzug halten — räumte er schmeichelnd die Wirklichkeit hinweg, wie eine Mutter spielmüden Kindern das Spielzeug, und während wir oft, wenn wir über die arme Frist unseres Daseins erbangen, ihn kindisch anklagen, als ob er sie unterbräche und uns davon wegnähme, teilt er von Tag auf Tag die Last des Lebens; trage sie einer, sei Schmerz oder Wonne ihr Druck, in einem Stücke, wie gar zu bald erläge er.

Geräusch ist sonst ein ohnmächtiger Feind, aber wenn sich Unruhe im Innern des Schläfers mit ihm verbindet, dann verscheucht er den Schlaf.

Fuhr nicht ein Wagen eilig an dem Hause vorbei? Die Leute darauf mußten eine Laterne mit sich haben, denn ein Lichtschein streifte die Tücher, womit die Fenster verhangen waren.

Die Reindorferin ermunterte sich, sie horchte auf — wie stille war alles — sie war gewohnt, dort von der Ecke her die regelmäßigen Atemzüge ihres Mannes zu hören, nun gewahrte sie in dunkeln Umrissen das unberührte Lager, sie tastete neben sich da stand die Wiege, und in derselben lag das Kind, ohne Laut und Regung; war es Furcht oder Hoffnung, was sie mit zitternder Hand nach dem kleinen Körper langen machte? Sie fühlte Wärme und verspürte den leisen Atem. Sie zog hastig den Arm unter die Decke, war es Widerwille oder Freude, was sie empfand? Wußte sie es? — und in ratlosem Unwillen über sich selbst und alles, wie es gekommen war und noch drohend auftand, drückte sie heftig das Gesicht in die Polster, und ihre Augen wurden feucht. Weinte sie über sich oder über das Kind? Wie unschuldig das auch war, konnte sie je ein Herz zu ihm fassen? Denn auch sie wird es, solange es lebte, vermahnen, denn auch für sie, die Mutter, verbleibt es, wie es der Bauer genannt, ein Schandfleck!

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Im Apollotheater beginnen nächsten Sonnabend wieder die Vorstellungen mit der Operetten-Neuheit „Die kleine Hoheit", Operette in 3 Akten von Martin Knopf. In der Hauptrollen sind die hier so beliebten Kräfte Fanny Köbe und Fritz Schulz beschäftigt. „Die kleine Hoheit" hat seit Jahren den größten Operettenerfolg zu verzeichnen und erzielt im Neuen Operettenhaus, Berlin, täglich ausverkaufte Häuser. Der Vorverkauf für Sonnabend und die folgenden Festtage ist bereits eröffnet. Schon früher gelöste, noch unbenutzte Karten, müssen zwecks Umtausch im Büro vorgelegt werden.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, gelangt die komische Oper „Die heimliche Ehe" von Cimarosa zur Erstaufführung. Donnerstag wird „Ilsebill" wiederholt. Am Karfreitag bleibt das Theater geschlossen, die nächste Vorstellung für Freitag Stammkarten findet am Freitag, den 9. April, statt. Sonnabend geht Goethes „Egmont" in Szene. Sonntag nachmittag „Königskinder", abends „Die heimliche Ehe". Montag nachmittag „Die Rose von Stambul", abends „Lohengrin". — Die durch die Beschlüsse der städtischen Körperschaften festgesetzten neuen Eintrittspreise werden ab 1. April erhoben. — Eintrittskarten, die infolge des Ausfalls der Vorstellungen während der kürzlichen Unruhen nicht benutzt werden konnten, sind bei Verlust des Anspruchs auf Rückzahlung des Preises bis zum Sonnabend, den 3. April, bei der Theaterkasse vorzulegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200331-10/fragment/page=0005

nur Lohnerhöhungen erfordern einen Gesamtkostenaufwand von ca. 7 200 000 M. Stv. Finger (Dn.) als Berichterstatter des Haushaltsausschusses empfahl die Annahme der Vorlage, da die Erhöhung durchaus notwendig sei.

Stv. Schrader (Dn.) wünschte nochmalige Zurückstellung der Vorlage und Durcharbeitung der entsprechenden Unterlagen. Er stellte einen diesbezüglichen Antrag.

Stv. Manschewski (Dem.) stimmte ihm zu und versuchte klar zu legen, daß die Arbeiterschaft mehr zur Sparsamkeit erzogen werden müßte. Wir könnten uns einfach jetzt nicht derartige Erhöhungen leisten.

Stv. Albrecht (Unabh.) trat der Ansicht seiner Vorredner entgegen. Ihm pflichtete sein Parteigenosse Kürbs bei, der erklärte, daß sich die Arbeiterschaft eine längere Verschleppung ihrer Forderungen bestimmt nicht gefallen lassen werde.

Bürgermeister Seydel betonte, daß der Antrag Schrader gar keine praktische Wirkung haben könne, da zur Durchführung desselben erst der städtische Etat festgestellt werden müsse und bis dahin die Lohnerhöhung unmäßlich hinausgeschoben werden kann.

Gen. Kleeis: Wie schon der Herr Bürgermeister ausführt, vermag sein nur einigermaßen mit den Verhältnissen vertrauter Politiker dem Antrag Schrader zuzustimmen, da er jedweder Zweckmäßigkeit entbehrt. Dem Stv. Manschewski ist zu erwidern, daß man mit derartigen Bekehrungen, wie er sie glaubt den Arbeitnehmern machen zu müssen, die Verhältnisse nicht meistern kann, da alle diese Dinge ihren vorgeschriebenen Entwicklungsweg gehen. Das wirtschaftliche Leben muß durch seine Eigenbewegung wieder in die normalen Bahnen geraten. Auch den Straßenbahnern muß selbstverständlich die Erhöhung gewährt werden. Herr Schrader ist sehr naiv, wenn er nicht an einen Streik glaubt, der einer weiteren Verschleppung folgen müßte. Wenn der Antrag Schrader angenommen wird, ist ein Streik der städtischen Arbeiter und Angestellten in ganz bedrohliche Nähe gerückt. Daß die erhöhten Lohnsätze gerecht sind, kann niemand bestreiten, denn sie passen sich ja nur dem allgemeinen Rahmen der Entlohnung der übrigen Arbeiter, besonders in der Industrie, an. Die Vorlage muß schon aus Gründen der Gerechtigkeit sofort angenommen werden.

Stv. Steckner (Dem.) tritt dann nochmals für Zurückverweisung der Vorlage ein und stellt den Zusatzantrag, vorläufig nur Vorschüsse zu gewähren. Ihm trat jedoch sein Fraktionskollege Minner scharf entgegen, der es für notwendig hielt, daß die Vorlage sofort angenommen wird.

Nachdem Stv. Finger in seinem Schlußwort nochmals um Annahme der Vorlage bat, wurde dieselbe gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Magistrat hat beschlossen:

1. den städtischen Beamten, Lehrern und Lehrerinnen — ausschließlich derjenigen an Volksschulen — und den auf Privatdienstvertrag Angestellten den Gehaltszuschuß und die Löhne zu Erhöhung zu der laufenden Teuerungszulage über den 1. April 1920 hinaus bis zu der im Laufe des Rechnungsjahres 1920 erfolgenden Gehaltsreform weiter zu zahlen;

2. die erhöhte Teuerungszulage auch den im Ruhestande lebenden Personen und Hinterbliebenen nach den bisherigen Grundsätzen zuzuwenden.

Die Vorlage wird mit dem Zusatz angenommen, daß die Erhöhung nur als Vorschuß auf die demnächst stattfindende Regelung der Gehaltsverhältnisse vorgesehen ist.

Der Magistrat hat beschlossen, dem „Arbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände" als Mitglied beizutreten.

Stv. Bock (Unabh.): Auf den ersten Blick sieht die Vorlage ziemlich harmlos aus. Beim genauen Durchsehen der Satzungen stößt man aber auf den Pferdefuß der darin liegt, daß dieser Verband eine Organisation gegen die städt. Arbeiter und Angestellten darstellt. Wir lehnen deshalb ab, diesem Verbande beizutreten.

Stv. Minner (Dem.) hebt demgegenüber hervor, daß durch diesen Verband erst die Grundlagen geschaffen werden, um die Lohnverhältnisse und Tarife mit den städt. Arbeitern und Angestellten gedeihlich regeln zu können.

Die Abstimmung ergibt Ablehnung der Vorlage.

Der Magistrat hat die Errichtung eines Bienenstandes im Zoologischen Garten beschlossen und die erforderlichen Mittel in Höhe von 4500 M. bewilligt. Der Imkerverein von Halle und Umgebung hat sich erboten, der Direktion des Zoo mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und auch bei den Vorbereitungen mitzuwirken, um im weitgehendsten Maße den Stand als Lehr- und Musterstand, als ein Volksbildungsmittel ersten Ranges auszugestalten zu können.

Der Posten wird bewilligt.

Zugestimmt wird der Neupflasterung der Freiimfelder Straße vor der Straßenbahnwagenhalle und bewilligt werden hierfür 28 000 M. Berichterstatter Stv. Minner (Dem.)

Nach längeren Auseinandersetzungen wird die Verpachtung der ehemaligen Schaefschen Ziegeleigrundstücke in Planena auf die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis bahin 1928 an die bisherige Pächterin Frau Klara Günther gegen einen Jahrespachtzins von 1000 Mark mit 29 gegen 28 sozialistischen Stimmen zugestimmt. Berichterstatter Stv. Dr Steinbrück (Dn.).

Zugestimmt wird ferner einer Magistratsvorlage, soweit sie eine neue 3. und 4. Klasse des Lyceums fordert, die im Nordflügel des Stadtgymnasiums untergebracht werden sollen, und der Anstellung eines neuen Oberlehrers und einer neuen Oberlehrerin. Die Anstellung eines Leiters wird abgelehnt. Bewilligt werden als Gehalt für den Oberlehrer bis 4000 M., für Ueberstunden bis 2000 M und zur Anschaffung von Lehrmitteln 3000 Mark.

Stv. Wilke (S. P.) führt dazu aus: Das Städtische Lyceum ist eine Standesschule erster Ordnung. Meine Fraktion wird auf keinen Fall die Mittel zur Errichtung einer neuen Standesschule bewilligen. Nach wie vor fordern wir die Grundschule und eine einheitliche Schuldeputation für alle Schulen (Einige Anträge des Gen. Wilke finden Annahme.)

Bewilligt werden 3221,69 M. der Grube Karl Ernst für Instandsetzung der Förderbrücke.

Der Wiederverpachtung der Gastwirtschaft des Städtischen Schlacht- und Viehhofes an den bisherigen Pächter August Schneider auf 2 Jahre wird zugestimmt. Die Pacht beträgt 3500 M. jährlich.

Wegen vorgerückter Zeit werden die übrigen Punkte von der Tagesordnung abgesetzt. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Die Lehren des Kapp-Lüttwitzputsches.

Ueber dieses Thema sprach am Sonntag abend der Gen. Drescher vor einer überfüllten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins in St. Nikolaus. Gen. Drescher wies eingangs seiner Betrachtungen über die Entwicklung des Militärputsches darauf hin, daß erst durch die Zerrissenheit der Arbeiterschaft der Boden für denselben geschaffen werden konnte. Trotzdem die sozialistischen Parteien in einheitlicher Front gegen die Reaktion standen verhalten gewiß Kreise der U. S. P. noch ihre Beziehungen wiederum für das Volksganze sehr gefährlichen Pläne. Es erach sich daraus die Fortführung des immerwährenden Kampfes zwischen den Anhängern der Demokratie und denen der Diktatur. Ganz besonders aus diesen Umständen heraus, wurden die vor den Toren Halles kämpfenden Arbeiterbataillen in sehr gefährliche Konflikte verwickelt. Er ging dann auf die Kämpfe in und um Halle ein und betonte, daß die Blutschuld für die Opfer sich ganz besonders auf das hiesige Garnisonkommando häufe. Eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse sei nur mit einer ganz energischen Säuberung des Offizierkorps und der Umgestaltung der Reichswehr in eine wirklich demokratisch-republikanische Volkswehr zu ermöglichen.

An den sodann Diskussion berichtete Gen Gründlich-Sangerhausen über die Vorgänge während der Gegenrevolution in der dortigen Gegend. Freiwillige Meldungen zur Bewaffnung waren bort nur von den Anhängern der drei sozialistischen Parteien eingegangen. Er bezeugte, daß Halle die Zentrale für alle Zugangsmeldungen der Kappisten im Bezirk war.

Gen. Undeutsch wies darauf hin, daß es ganz verkehrt sei, die Reichswehrleuten einfach aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschalten. Durch Aufklärung in Wort und Schrift müßten dieselben auch von uns im republikanischen Sinne beeinflußt und geschult werden.

Gen. Thiele bezeichnete es als eine für die Arbeiterschaft schmerzliche Tatsache, daß sich ein Verbandsleiter mit den Unabhängigen zwecks gemeinsamer Aktionen, wegen ihrer Treulosigkeit unmöglich macht. Entgegen allen anderem Gerede gebe es keine Partei die weiter links stehen könne, als die Sozialdemokratie. Die dementsprechend bezeichneten Parteien standen nicht links von uns, sondern hoch oben in der Luft.

Gen. Försch drückte den Wunsch aus, daß bei den künftigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Gen. Wissel mehr wie bisher heranzuziehen und seine Anschauungen zweckentsprechend berücksichtigt werden.

Genossin Röpert forderte die Frauen auf, überall dafür zu wirken, daß Gewalt und Brutalität bald aus unseren öffentlichen und politischen Leben verschwindet.

Gen. Fiebler warnte vor dem Glauben, daß die Brut der hochverräterischen Frevelstäter schon beseitigt sei. Die neuen Heimlichkeiten der Deutschen „Volkspartei" zeigten deutlich, daß die aufklarten Volksseinde vor Frechheit strotzend immer noch ungeniert auf allen Plätzen und Straßen wandeln könnten.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung vom Vorsitzenden, Gen Heine, geschlossen.

Hallische Kapp-Organe.

Sowie der Putschversuch in Halle bekannt wurde, stellte sich sofort die große Masse der hiesigen Bevölkerung in Abwehrstellung gegen die Landesverräter. Die gleiche Haltung nahm die Presse ein, außer den beiden „nationalen" Blättern am Ort: „Hallische Zeitung" und Hallische „Allgemeine" Zeitung im trauten Vereine, Arm in Arm mit den Reichsverderbern. Die „Allgemeine", das Organ der Schwerindustrie, vorläufig, mit nur mühsam verhaltener Freude der noch kommenden „größeren" Dinge harrend, die „deutschnationale" Hallesche Zeitung mit frecher Stirn und dreister Autorenmiene offen für die Rebellen eintretend und mit frömmelndem „Gottesaufschlag den Segen Gottes über die gewissenlosen Hochverräter herbeiwünschend.

Bei dieser Gelegenheit zeigte sich die „H. Z" in ihrer närrischen Freude über den Umsturz im eigenen Spiegel und dokumentierte seine Gewissenlosigkeit für alle Zeiten. Als die Regierung die Kappschen Putschhaftschiten am Freitag an das Land bekanntgab, fühlte sich dieses „wahrheitsfanatische Organ dazu berufen, die betr. Meldungen als maßlose Uebertreibungen hinzustellen. Die Regierung wolle nur die Oeffentlichkeit von gewissen, ihr sehr peinlichen Dingen ablenken, orakelte die „H. Z" im Tone ihrer rechtsspartakistischen Manieren. Selbstverständlich dachten nach „Meinung" der „H. Z." die guten Reaktionäre gar nicht daran, das deutsche Volk auf die blutige Bahn eines Militärputsches zu treiben. Ja die alle ehrliche „H. Z." nahm selbst Stellung" gegen die Putschpolitiker und schrieb in ihrer Nr. 123 u. a. folgendes:

Im Laufe des gestrigen Tages hat die demokratisch-sozialistische Regierung die Oeffentlichkeit mit mehr sonderbaren als ernst zu nehmenden Nachrichten überrascht, die vor allem den Stempel einer maßlosen Uebertreibung an der Stirn tragen (Welchen „Stempel" trägt die „H. Z."? D. R.)

Aus den eingegangenen Meldungen geht bereits mit aller wünschenswerten Deutlichkeit (!) hervor, wie unsicher (um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen) das „Tatsachenmaterial" der Regierung ist, auf dem die Schutzhaftbefehle gegen Männer der Rechten beruhen. Von Putschhaftschiten und ähnlichen verfassungswidrigen Bestrebungen nationaler Kreise ist bisher nirgends das geringste bekannt gewesen, und wenn derartig verwerfliche und törichte Pläne bei irgendwelchen Heißspornen wirklich bestehen sollten, so würden sie von niemand schärfer verurteilt werden als von den beiden nationalen Parteien. Die ganze Art des Vorgehens der Regierung macht den Eindruck eines Ueberfalls auf die Oeffentlichkeit, um deren Aufmerksamkeit von gewissen, der Regierung sehr peinlichen Dingen abzulenken. Was ist heute den verhetzten Massen gefälliger als das Märchen (!) von einer gewaltsamen Gegenrevolution der nationalen, oder, wie die Gegner sagen, reaktionären Kreise?! In Wirklichkeit denken diese Kreise gar nicht an einen derartigen verbrecherischen Wahnsinn, sie fordern im Gegenteil strenge Bestrafung aller derer, die mit anderen als rein verfassungsmäßigen Mitteln auf eine Aenderung unserer Lage hinarbeiten wollen.

Das echt „deutschnationale" Putschheuchelschreiben trug die Ueberschrift „Ein Regierungsüberfall auf die Oeffentlichkeit." (!) Diese Zeilen schrieb die „H. Z" am Sonnabend, und noch 24 Stunden, am Sonntag, den 14. März, hatten die H. Z-Leute bereits einen grandiosen Kopfsprung gemacht. Die „H. Z." flocht Lorbeeren für — Kapp-Lüttwitz. Trotz des Rufes nach Bestrafung des verbrecherischen Wahnsinns sagte sich schon am Sonnabend jeder Kenner dieses Lügenorgans: „Mit der „H. Z" Möchten ist kein ein'ger Bund zu flechten, wenn die Reaktion zur Stell'." So war es auch. Trotz der „Ablenkungsmeldungen" der Regierung herrschte in Berlin bald Rechtsspartatus, es flatterten die schwarz-weiß-roten Wimpel und die schwarz-weiß-rote hall. Junkerzeitung forderte — „Bestrafung all derer"? denken vielleicht die Leser der Nr. 123. — Doch nein, ein „deutschnationales" Herz ist sehr weit. An brüderlicher Liebe beweihräuchterte die „H. Z." die „Heißsporne" von Berlin und wurde „Regierungsorgan", wie früher zu Wilhelms Zeiten. Abermals die Wahrheit verbiegend stellte man die Lage so dar, als sei die rechtmäßige Regierung erledigt, ihr Wiederkommen aussichtslos und schrieb:

Die neue Berliner Regierung hat sich als eine solche der Ordnung der Freiheit und der Tat gebildet. Sie will (!) auf der Grundlage der bestehenden Verfassung arbeiten und durch baldige Neuwahl des Reichstages es dem Volkswillen überlassen, wie Deutschland regiert werden soll. Man wird gewiß aus Dresden (damaliger Sitz der Regierung D. R.) noch manchen Bannfluch und Ulas zu hören bekommen, ob diese aber größere Wirkung erlangen werden, braucht man kaum noch zu erörtern (!) Die Dresdener Volksmänner täten gut, sich mit der neuen Berliner Regierung ungesäumt in Verbindung zu setzen, deren sachlichen Forderungen entgegenzukommen und von jeder Gewalt abzusehen. Eines Zurückweichen vor feststehenden Tatsachen, das würde hier außerordentlich am Platze sein. Die ruhige Besonnenheit, die vielfach Sicherheit und staatsmännischen Führereigenschaften des neuen Reichskanzlers Dr. Kapp hätten Eindruck gemacht. (Wie sich ein „Heißsporn" in den Augen der „H. Z." verändern kann! D. R.)

Dieser Regierung scheint (!) die Zukunft des Reiches zu gehören, und darum rufen wir ihr zu: Vorwärts mit Gott für Volk und Vaterland!

Bumerang totsta. — gelobt sei Jesus Christus . . . mit Pauken und Trompeten war also die „H. Z." ins „verbrecherische Heißsporn"lager geeilt und die schwarz-weiß-rote Begeisterung machte blind gegenüber der Wirklichkeit. Sie vermochte nicht über eine reaktionäre Naivenitäe hinauszusehen, hatte für das Unglück, das infolge dieses Verbrechens militärischer Abenteurer über uns gekommen war keine Augen, sah nicht die Blutbahn, die den Weg seiner Hundertstundenregierung zeichnete und besitzt noch immer die Kühnheit, sich zu den nationalen Blättern zu zählen. Die „H. Z." hat ihre wahre Ostelbienatur entsühlt und wird deshalb auch weiterhin nur Leiborgan der sächsischen Landjunker bleiben, trotz der Firma „Hallesche Zeitung". An den Augen der anständigen Bevölkerung ist die „H. Z" nach diesen Verdrehungs- und Wahrheitsverschandelungskunststücken gerichtet. Sie war tatsächlich eine würdige Verkünderin derer von der „Freiheit" und der Tat.

Ein ganz besonderes Stücklein leistete sich die „volks"parteiliche „Allgemeine" in ihrer Nr. 76. In einem Artikel „Vierzehn Tage ohne Zeitungen" beklagt sie sich bitter darüber, daß die Redaktion der „Saale-Zeitung", den „Volksstimme" und den „Volksstimme" aus Reinstädtlichkeitsgründen verbieten, mit den Vertretern der beiden Kapp-Organe gemeinsam an dem Mitteilungsblatt zu arbeiten. In seiner unbändigen Wut über den Schimpf, der damit den ehrenwerten Persönlichkeiten der Schwarzweißroten angetan wurde, weiß sich der betr. Redakteur nicht weiter zu helfen, als den Redakteur Helms von der „Saale-Zeitung" in schlechter Flegelmänier anzurempeln. Der betr. Herr erlaubt sich über die vom Garnisonkommando während der Putschtage herausgegebenen Schwindelnachrichten folgendes Urteil:

Das Garnisonkommando hielt mehrere Tage lang ein „Nachrichtenblatt" erscheinen, das knapp und prosaisch über den Lauf der Welt unterrichtete, in erster Linie für die Truppen bestimmt war und in viel zu minimaler Auflage erscheinen konnte, als daß es ein breiteres Publikum befriedigte. Immerhin hat man dem Nachrichtenblatte nachzusagen, daß es wenigstens sachlich einwandfrei zusammengestellt war und dem etwas gab, der das Glück hatte, es heimzuführen.

Was es dem „gab", der das „Glück" hatte eines dieser rabulistischen Pressezeugnisse nach Hause zu schleppen, weiß fast jedes Kind zu sagen. Ueber die famose Nachrichtenzentrale des hall. Garnisonkommandos wird sowieso noch manches Wort zu sagen sein. Das Garnisonkommando, als Kappenhäusel, die „Allgemeine" und die „Halleche" ein edles Dreigestirn . . . .

---

* Der Streik im Buchdruckgewerbe ist am Montag endlich nach langem Kampfe zu Ende geführt worden. Trotz der Verwirrung, die infolge der politischen Ereignisse der letzten Wochen besonders im Bereich der Presse herrschte, wurde die Aktion so geschlossen durchgeführt, wie sie begonnen hatte. Nach fortwährenden und ergebnislos verlaufenen Verhandlungen den Unternehmern in der letzten Sitzung am Montag folgendes Ergebnis abgerungen: Die Hallische Principalität stellt sich auf den Boden des Ulstein-Seitzschen Abkommens und gewährt den erhöhten Lokalzuschlag rückwirkend vom 1. Februar. Eine Bezahlung der Streiktage soll nicht erfolgen. In der den Streikabschluß beschließenden großen Buchdruckerversammlung, die am Montag abend im Volkspark stattfand, wurde von den auf dem Boden unserer Partei stehenden Kollegen folgende Resolution eingebracht: „Die am 29. März zahlreich besuchte Versammlung der Hallischen Buchdrucker ist vollständig unbefriedigt über das mangelnde Entgegenkommen der Prinzipale sowohl hinsichtlich der aufgestellten Forderungen als auch bezüglich der Bezahlung der politischen und wirtschaftlichen Streiktage. Sie erklärt aber in Rücksicht darauf, daß auch die gegenwärtige politische Situation die baldige Wiederaufnahme erfordert, sich auf den Boden der von ihnen gewählten Kommission geführten Verhandlungen zu stellen; sie spricht der Kommission ihren Dank aus und erklärt gleichzeitig den Abbruch des Streiks." Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit (345 gegen 168 Stimmen) angenommen und somit die Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag früh beschlossen.

* Maßnahmen gegen die Preistreibereien. Der Magistrat gibt bekannt, daß Kleinhändler, die Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs feilhalten, an solchen Waren den Verkaufspreis oder den etwa vorgeschriebenen Höchstpreis zu vermerken haben, soweit die Waren in den Verkaufsräumen oder den Schaufenstern ausliegen. Die Preisauszeichnung gilt als Preisforderung.

Nachwehen der Sturmtage. In der Poststraße wurde durch einen starken Windstoß eine bereits durch Schüsse beschädigte Schaufensterscheibe einer Buchhandlung eingedrückt und völlig zertrümmert. — Aus derselben Ursache fiel in der Kleinschmiedestraße ein Teil einer Schaufensterscheibe aus dem 1. Stock eines Geschäftshauses auf die Straße hinab. Verletzt wurde niemand.

Zusammenstoß. In der Nacht vom 30. zum 31. März gegen 11.30 Uhr, fand in der Merseburger Straße ein Zusammenstoß zwischen einem Motorwagen der Straßenbahn und einem mit Möbeln beladenen Tafelwagen einer hiesigen Firma statt. Durch den Zusammenstoß wurde der Tafelwagen leicht beschädigt und ein Pferd leicht verletzt. Der Kutscher, der vom Bock gegen einen Leitungsdraht der elektr. Bahn stürzte, trug eine leichte Gehirnerschütterung und Hautabschürfungen im Gesicht davon. Er wurde in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus „Bergmannstrost" gebracht. Nach Angabe von Augenzeugen soll dem Motorwagenführer die Schuld treffen.

Hochherzige Gaben. Die Gemeinde Schochwitz (Mansfelder Seekreis) ließ vor einigen Tagen der Stadt Halle einen Wagen mit Lebensmitteln wie Eier, Gries, Kartoffeln usw. als Liebesgaben für notleidende Arme zuführen. Der Magistrat hat diese Gaben dem Alters- und Pflegeheim und dem Kinderheim zur Verwendung übermiesen und der Gemeinde für diesen kleinen Beweis menschenfreundlichen Verständnisses des Landes für die wirtschaftliche Notlage der großstädtischen Bevölkerung seinen wärmsten Dank ausgesprochen. Möge dieses Beispiel der Gemeinde Schochwitz Nachahmung finden!

* Reichsbund der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen, Ortsgruppe Halle. Donnerstag, den 1. April, abends 1/8 Uhr in Wilsdorfs Konzertsaal Versammlung. Wichtige Tagesordnung: Wahl eines 2. Vorsitzenden. Vortrag des Kam Vogel: „Forderungen der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen zur Reform der Strafrechtspflege".

Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Junge Salatpflanzen können schon jetzt, junge Gemüsepflanzen in ca. 8 Tagen, Tomatenpflanzen vom 15. Mai ab in reichlicher Menge durch Vermittlung des Bundes bezogen werden. Meldungen bezw. Bestellungen werden auf der Geschäftsstelle, Magdeburger Str. 21, entgegengenommen. Sämereien verschiedener Art sind noch abzugeben, Saatbohnen neu eingetroffen. — Kali, Kainit und Düngekalk werden täglich, außer Sonnabend, von 3 bis 5 Uhr verkauft.

* Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Ausstellung ist bis 7. April geöffnet. Aerztliche Führungen finden von jetzt ab täglich statt. Am Donnerstag, den 1. April, ist ein Sondertag nur für Damen, an dem eine Aerztin nachm. 5 Uhr führen wird. Auf den Besuch der ganz hervorragend beschickten Ausstellung wird nochmals hingewiesen. Eine Verlängerung kann leider nicht stattfinden.

Die Vereinigung Hallischer Bankiermen macht bekannt, daß die Kassen und Geschäftsräume am Ostersonnabend, den 3. April, geschlossen bleiben.

Aus dem Verbreitungsbezirk.

An die Parteigenossinnen und -Genossen im Bezirk!

Es wurde zur Tatsache, daß der Versuch der reaktionären Gewalthaber, dem deutschen Volke die Früchte der Revolution zu nehmen und die verhaßte Diktatur der ostelbischen Junker wieder aufzurichten, das gesamte werktätig schaffende Volk zu einem einheitlichen Block zusammengeschweißt hat. Die deutsche Arbeiterschaft erhob sich wie ein Mann und zerschlug mit der grandiosen Durchführung des Generalstreikes alle Pläne der machtlüsternen Kapp-Lüttwitzschen Militärkamarilla. Dem Aufruf unseres Parteivorstandes schlossen sich die unabhängigen und kommunistischen Arbeiter einmütig an. Ungesäumt folgte die Angestellten- und Beamtenschaft und mit den sich in ihren Händen befindlichen scharfen Waffen stellten sie sich schützend vor die Errungenschaften der Revolution.

Gewaltig und einmütig setzte der Widerstand gegen reaktionäre Machthaber ein, einmütig mußte der Kampf aber auch nach Erreichung der gesteckten Ziele wieder eingestellt werden. Denn nur bei kluger Anwendung der uns zur Verfügung stehenden Waffen kann einer Wiederholung derartiger hochverräterischer Freveltaten vorgebeugt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200331-10/fragment/page=0006

Leider haben dies gewisse unabhängige und kommunistische Kreise noch nicht klar erkannt und sie versuchen nach Abschluß des gigantischen Kampfes gegen die Reaktion ihre speziellen Ziele zu erreichen. Gegenüber diesen Bestrebungen müssen wir unsere demokratischen Grundsätze mit allen Kräften wahren und uns auch weiterhin gegen jedwede Diktaturgelüste wenden.

Unsere Parteimitglieder im Bezirk müssen den schon längst als richtig erkannten Weg konsequent weiter fortsetzen und sich durch kein Phrasengedresch auf den Straßen und Arbeitsplätzen, in der Presse oder den Flugblättern irremachen lassen. Es ist notwendiger als je, daß jeder einzelne unserer Presse und der Organisation die Treue wahrt. Kein Parteigenosse darf sich zum Helfershelfer irgendwelcher unverantwortlicher Propagandisten machen. Wir als Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß der Diktaturwahn von links für das Volksganze genau so gefährlich ist wie der von rechts und müssen ihn immer wieder bekämpfen und die irregeleiteten Volksgenossen von ihm befreien.

Nach allen Orten müssen wir die Aufklärung tragen, die Presse, sowie die Parteiorganisationen stärken und so treue Helfer in unserem Kampfe sein und bleiben.

Bezirksverband der sozialdemokratischen Partei für den Regierungsbezirk Merseburg.

An die Berichterstatter der Volksstimme im Bezirk!

Wir ersuchen unsere Berichterstatter, so bald wie möglich über die Vorgänge in den einzelnen Orten zu berichten. Auch jetzt noch sind alle Versammlungen, Kundgebungen usw. für die weitere Entwicklung der Dinge wichtig und eine schnelle und treffende Berichterstattung ist notwendiger als je zuvor. Wir bitten die Genossen im Interesse unserer Bewegung mit demselben Eifer wie bisher, die durchaus notwendige Arbeit für die Parteipresse zu leisten.

Redaktion der Volksstimme.

Die letzten Sitzungen des Provinziallandtages vor der Gegenrevolution.

Vors. Wittmaack eröffnet die fünfte Sitzung und erteilt zum ersten Punkt, Förderung des Kleinbahnwesens der Provinz dem Abg. Christiange (U. S. P.) das Wort, der auf die hohen Fahrpreise und die niedrigen Löhne einging. Es sprachen weiter die Abg. von Bismark und von Borde, bes. wurde dieser Landesbaurat Linsenhoff, der die Schwierigkeiten des Bahnbaues infolge neuernder Preissteigerung schildert. Es wurde dieser Antrag sodann gleich in weiter Lesung angenommen. Punkt 2, Beschlußfassung des Provinziallandtages an Elektrizitätsunternehmen. Hierzu erhält Abg. Peters (U. S. P.) das Wort, der sich über die Zersplitterung dieser Versorgung beschwerte und für Großstromwerke eintritt. Er erklärt, daß seine Partei die Vorlage ablehnen werde. Landesbaurat Linsenhoff stellt die Ausführungen des Vorredners richtig und beantragt nochmals die Notwendigkeit der Vorlage. Genosse Hoffmann tritt für Sozialisierung der Elektrizitätswerke ein und zwar von der Provinz aus. Ein Antrag Peters, der Uebernahme der Elektrizitätswerke durch den Staat, bes. des Reiches fordert, wird nach längerer Debatte zurückgezogen, um ihn bei passender Gelegenheit wieder einzureichen. Zu Punkt 3 betr. Neuwahl der Abg. zur Mitwirkung bei den Geschäften der Rentenbank werden gewählt Genosse Hoffmann (Magdeburg) und Müller (Dem.), als Stellvertreter Block (Dntl.) und Christiange (U. S. P.). Zu Punkt 4 Ausarbeitung des Kollaturrechtes für die städt. von Bok-Buchsche Stipendienstiftung werden folgende Herren in eine Kommission gewählt: Genosse Beims, Rive (Dntl.), Müller (Dem.), als Stellvertreter Genosse Bergmann, Weiche (Dntl.) und Bertram (Dem.). Punkt 5, Wahl eines Vertreters des Preuß. Landtages in den Verwaltungsrat der Magdeburger Feuersozietät wird der Deutschnationale Schulze-Rühe gewählt.

Punkt 6 der Tagesordnung wird abgesetzt. Zu Punkt 7, Bericht des Ausschusses für die Beratung der Vorlage zur Uebernahme des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt auf die Provinz. In längeren Ausführungen wies Daniel (U. S. P.) auf die Notwendigkeit der Uebernahme der Arbeitsnachweise durch die Provinz hin, es ist eine alte Forderung der Sozialisten. Genosse Blume begrüßt ebenfalls die Vorlage vom Standpunkt der Arbeiter aus. Die Frage wird zwar noch durch ein Reichsgesetz geregelt werden, es ist aber gut, vorher schon die Mängel der Arbeitsnachweise zu heben. Die Vorlage wird darauf mit unwesentlichen Aenderungen angenommen. Dies geschah auch in der sich anschließenden weiten Beratung. Es folgen hierauf noch acht Berichterstattungen und werden sämtliche Vorlagen debattelos angenommen. Der Vorsitzende bringt dann eine Beschwerde der Pressevertreter zur Kenntnis der Versammlung, dieselben beschweren sich über die kleine Anzahl der Plätze und über die mangelnde Gelegenheit ihre Tätigkeit ausüben zu können. Auf Antrag Rive wird diese Beschwerde dem Provinzialausschuß überwiesen.

In der 6. Vollsitzung wurden die Mittel für Umbauten der Landesblindenanstalt Langendorf bewilligt. Vom Kommerzienrat Enke-Schkeuditz sind der Provinz 2 000 000 Mk. vermacht worden. Davon soll ein Altersheim gebaut werden. Für die Landesheilanstalt wurden zwecks Anbauten 50 000 Mk. nachbewilligt. Des weiteren wurde der Ankauf eines Grundstückes in Merseburg-Oberaltenburg für 65 000 Mk. beschlossen. Während der Beratungen kam dann die Nachricht von dem Militärputsch in Berlin und es wurde der Antrag gestellt, den Provinzlandtag auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Genosse Bergmann stellt noch einen Antrag, die Diäten für die Landtagsabgeordneten und für die Mitglieder des Prov.-Ausschusses um 233 Proz. zu erhöhen und außerdem für entgangenen Arbeitsverdienst bis zu 25 Mk. Entschädigung pro Tag zu zahlen. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. Sodann schloß der Vorsitzende den Landtag mit der Hoffnung auf baldigen neuen Zusammentritt zu neuerspriesser Weiterarbeit. Leider hat der Landtag seine Arbeiten nicht so glatt erledigen können wie man es ursprünglich glaubte. Hoffen auch wir, daß die Arbeiten so bald wie möglich wieder aufgenommen werden, damit die Nöte der Provinz behoben werden können.

Zusammentritt des Provinzial-Landtages. Wie wir hören, wird der Provinzial-Landtag, der durch den Kapp-Putsch auf unbestimmte Zeit vertagt werden mußte, vom Landtagspräsidenten auf Mittwoch, den 7. April d. Js., einberufen.

Ueberstunden in der Landwirtschaft.

Die unterzeichneten Körperschaften richten an die Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Landwirtschaft folgenden Aufruf:

Nachdem der Generalstreik erledigt ist, richten die Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen die dringende Mahnung an die landwirtschaftliche Arbeiterschaft, die Arbeit ungesäumt wieder aufzunehmen. Der der Arbeiterschaft aufgezwungene Generalstreik fiel in eine Zeit der dringendsten Bestellungsarbeiten. Wenn das deutsche Volk helfen will, muß alles geschehen, um die versäumte Arbeit nachzuholen. Dies ist notwendig zur Sicherung der Volksernährung.

Daher ersuchen wir die landwirtschaftliche Arbeiterschaft soweit nur irgend möglich in den nächsten Wochen Ueberstunden zu leisten. Es handelt sich nicht um eine Verlängerung der üblichen Arbeitszeit, sondern darum daß über die vertraglich festgesetzten Arbeitsstunden hinaus soviel Ueberstunden geleistet werden, als erforderlich sind, um die rückständigen Bestellarbeiten nachzuholen. Daß diese über die vertraglich festgesetzte Arbeitszeit hinaus geleisteten Stunden als Ueberstunden bezahlt werden, daß außer allem Zweifel. Wie berichtet wird, sind im Anschluß an die politische Bewegung auch Teilstreiks wegen tariflicher Streitigkeiten ausgebrochen. Wir ersuchen, wegen tariflicher Streitigkeiten nicht in wilde Streiks einzutreten. Diese tariflichen Streitigkeiten müssen auf dem Verhandlungswege erledigt werden. Wo die Verhandlungen durch die politischen Ereignisse eine Unterbrechung erfahren haben, ersuchen wir dieselben im gegenseitigen Vertrauen unverzüglich wieder aufzunehmen. Ehe zu wirtschaftlichen Kämpfen geschritten wird, die auch nur im Einverständnis mit der Leitung der Arbeitnehmerverbände erfolgen dürfen, müssen erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein.

An die Arbeitgeber richten wir die Mahnung, in Anbetracht der gespannten Lage Verhandlungen mit der Arbeiterschaft und deren Organisationen nicht abzulehnen. Ferner ersuchen wir die Arbeitgeber, keine Kündigungen und Entlassungen wegen politischer oder gewerkschaftlicher Betätigung vorzunehmen. Die in einzelnen Bezirken Deutschlands aus vorgenannten Gründen, auch dann wenn dies nicht offen ausgesprochen wurde, vollzogenen Kündigungen sollten rückgängig gemacht werden, weil dies dazu beiträgt, in jenen Bezirken eine Verhetzung unter der Arbeiterschaft herbeizuführen.

Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen.
Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen.
Deutscher Landarbeiterverband
Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter.
Reichsverband land- und forstwirtschaftlicher Fach- und Körperschaftsbeamten.
Verband der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten.

Die Landarbeiterschaft wird, wenn es sich darum handelt dem deutschen Volke unersetzliche Werte an Lebensmitteln zu erhalten, diese Ueberstunden leisten. Wenn auch das Vorgehen der Kapp-Lüttwitze zur Proklamierung des Generalstreiktes zwang, so soll nach dem Sturz der Hochverräter auch keine Sorge mehr von ihnen bleiben und sie sollen es nicht erreicht haben, daß der Volksgesamtheit infolge ihres Gebahrens bitter notwendige Mengen an Lebensmitteln verloren gehen. Die Arbeiterschaft wird bestimmt die Schärfe des Lebensmittelausfalles wieder auswetzen. Nichtsdestoweniger hat die Landarbeiterschaft aber auch ein Recht darauf, daß die Regierung ihr gegen das ziatorse Vorgehen einzelner Landjunker (besonders in Pommern) nachhaltigen Schutz gewährt. Im Rebellentum gewisser Feudaler darf unsere Lebensmittelversorgung unter keinen Umständen scheitern.

Das gefälschte Telegramm.

Uns wird geschrieben:

Am Donnerstag, den 18. März, vormittags 9 Uhr, erhielt ich durch Extrablätter, die in den Straßen Berlins verteilt wurden, Kenntnis davon, daß die „Generalstreikleitung" der Eisenbahner den Generalstreik für beendet erklärte. Das Telegramm im Extrablatt hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 17 März. (WTB.)

An alle Eisenbahner!

Der Generalstreik der Eisenbahner hat vollen Erfolg gebracht, er wird deshalb mit sofortiger Wirkung aufgehoben

Generalstreikleitung:
Kostur, Roth, Lunde, Riedel, Göner, Scharfschwerdt.

Hierzu habe ich folgendes zu erklären:

1. Ich habe am 17. März keine Mitteilung darüber erhalten, daß der Streik beendet sei, mir war auch nicht der „volle Erfolg" bekannt, den der Streik gebracht haben soll. Ich habe zu dem Beschluß, der den Streik für beendet erklärte, meine Unterschrift nicht gegeben; auch niemand beauftragt, für mich eine Unterschrift zu leisten.

2. Zur völligen Aufklärung meiner Tätigkeit während des Generalstreiks diene folgendes: Von Sonnabend, den 13. März, den Tag des Monarchistenputsches habe ich mit allen Kräften an der Einleitung und Durchführung des Generalstreiks gearbeitet. Vor allem war es meine Aufgabe sämtliche Eisenbahnerorganisationen zu einer geschlossenen Einheitsfront zu bringen. Das gelang mir, und am Mittwoch, den 17. März standen die Eisenbahner auf dem Höhepunkt ihrer Macht. An diesem Tage habe ich gemeinschaftlich mit den übrigen Organisationsvertretern bis nachmittags 4 Uhr im Reichsjustizministerium und preußischen Eisenbahnministerium verhandelt. Verhandlungsgegenstand war das Telegramm des Ministers Oeser, das am Dienstag, den 16 März, abends, den Dienststellen zugina und den Streik für beendet erklärte. Wir haben den Minister in energischer Weise darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufhebung des Streiks Sache der Gewerkschaften sei. Der Minister stimmte dem zu und versprach in enger Fühlung mit den Gewerkschaftsvorständen zu bleiben.

Damit war die gemeinsame Tätigkeit erschöpft, ich begab mich zu meinen Vorstandskollegen vom D. E.-V., wo ich um 5 Uhr eintraf und blieb mit diesen bis gegen 9 Uhr abends und zuletzt mit dem Kollegen Pramitz bis morgens 9 Uhr zusammen.

Nachdem am 18. März, morgens 9 Uhr, die Vorstandskollegen versammelt waren, wurde an der Hand der Telachen einwandfrei festgestellt, daß meine Unterschrift gefälscht war, ferner wurde beschlossen, dies sofort durch ein kleines Flugblatt bekanntzugeben.

Um nun die Ursachen dieser Fälschung kennen zu lernen, begab ich mich in Begleitung der Kollegen Kaufluß und Thielemann zu den Organisationsvertretern ins Reichsverkehrsministerium.

Es wurde dort festgestellt, daß am Abend des 17. eine Entscheidung gefallen sei, die nach Meinung der Organisationsvertreter das Ende des Generalstreiks herbeiführt habe. Leider war es nicht möglich, den D. E.-V. und den Gewerkschaftsbundesvorsitzenden Lecher zu benachrichtigen. Die Vertreter glaubten nun, nachdem sie sich sowohl im Eisenbahnministerium und in der Reichskanzlei vergewissert hatten, daß der Monarchistenputsch vorüber sei, unbedenklich auch meinen Namen unter den Beschluß setzen zu können. Zu dem Wort „Generalstreikleitung" erklärten sie, es handele sich um einen diskutierten Vorschlag, der den Verbänden unterbreitet und über den am 18. Beschluß gefaßt werden sollte.

3. Wie aus dem Vorstehenden ersichtlich handelt es sich um einen Mißbrauch meines Namens in einer Angelegenheit, die für den Streikausgang sehr verhängnisvoll hätte werden können. Erschwerend kommt hinzu, daß ich wiederholt in allen Phasen des Streiks erklärt hätte: wir stehen auf dem Boden der Beschlüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Damit habe ich zum Ausdruck gebracht, daß wir nur in Uebereinstimmung mit diesem den Streik abbrechen. Daß die Organisationsvertreter Lecher zu erreichen suchten, beweist, daß sie sich meiner Worte erinnerten. Aus allen angeführten Gründen habe ich meine Konsequenzen gezogen und meinen Vorsitz in der Personalvertretung des Reichsverkehrsministeriums niedergelegt.

Berlin, den 22 März. 1920.

Th. Kostur.

Weißenfels. Verhaftet. Mit Lysol vergiftete sich die im 21. Lebensjahre stehende ledige Tochter des hiesigen Gastwirts Hoffmann. Da H. nebst ihrem Kinde Nach einem von ihr hinterlassenen Briefe ist der Grund zum Selbstmord in den zurzeit hier herrschenden politischen Unruhen zu suchen.

Weißenfels. Rücktritt des bisherigen mißliebigen Landrates. Der Kreistag beschloß einstimmig an Stelle des zurückgetretenen Landrats Bartels, der schon längst nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung genoß, den Bürgermeister Zimmermann-Teuchern der Regierung zur sofortigen endgültigen, nicht nur kommissarischen Ernennung zum Landrat in Vorschlag zu bringen.

Mücheln. Monatsversammlung. Die am Sonnabend im Restaurant „Stadt Halle" abgehaltene Monatsversammlung war gut besucht. Genosse Böhme erstattete Bericht von der außerordentlichen Bezirkskonferenz und erntete reichen Beifall. Durch 5 der Tagesordnung Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde bis zur nächsten Monatsversammlung vertagt — Die hier stattgefundenen Elternbeiratswahlen ergaben für die Unpolitische Partei 6 Sitze, für die Unabhängigen 1 Sitz.

Köthen. Teuerungszulagen. Die Stadtverordnetenversammlung zu Bad Köthen beschloß in letzter geheimer Sitzung, das Gehalt der städtischen Beamten infolge der Teuerung um 150 Prozent zu erhöhen, ferner die Löhne der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen auf ihren Antrag ebenfalls zu erhöhen.

Bitterfeld. Stadtverordnetensitzung. Ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats betr. Erhöhung der Luxbarkeitssteuer wird als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Als erster Punkt kam ein Kaufangebot von Gartenland der Gärtnerei Punge zur Verhandlung. Bei etwaigen Wegebauten oder sonstiger Inanspruchnahme von seiten der Stadt wird das betr. über 3 Morgen große Land für 16 000 Mk. angekauft. Die Vorlage wird angenommen. Der Ankauf des Grundstückes Feldstr. 22 vom Bauunternehmer Geidel muß, da der Reichskommissar für Wohnungswesen die Reichs- und Staatsunterstützung abgelehnt hat, durch die Stadt erfolgen, da Geidel auf Anregung der Stadt den Bau unternommen hat. Der Kaufpreis beträgt 118 000 Mk., wovon sofort 21 000 Mk. zahlbar sind. Die Vorlage findet ebenfalls Zustimmung. Die Punkte 3 bis 7, Pflasterung eines Bürgersteiges in der Parkvallstraße, ebenso in der Burgstraße, vom Markt bis zur Druckerei Scheuke, Wegepflasterung in der Mühlstraße von der Leimbrücke bis Kranimwall, auf dem Kranimwall von Halleschen Tor bis zur Lohesbrücke und in der Dessauer Straße zwischen Wolfener und Zeitnitzer Straße werden zusammen verhandelt. Die Ausgaben dafür belaufen sich auf ca. 80 000 Mk. Nach kurzer Aussprache, in der noch manche andere Wünsche zum Ausdruck kamen, gelangt die Vorlage zur Annahme. Der Arbeiter-Samariterbund erhält auf sein Gesuch hin eine einmalige Unterstützung von 200 Mk. Stv. Blum bemerkt, daß der Arbeiter-Samariterbund im Dienste der Oeffentlichkeit steht und darum aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden muß. Stadtv. Knauth meint, man solle nicht immer Arbeiter und Bürger unterscheiden, Arbeiter sind wir alle! (Heiterkeit!) Die Summe wird bewilligt. Die Ausschüttung einer Zufahrtsstraße zum neuen Friedhofe erfordert 140 000 Mk. Der Fußweg und eine Hälfte des Fahrdammes sollen asphaltiert werden, während die andere Hälfte als Promenadenweg dienen soll. Stv. Knauth wollte nur den Fußweg pflastern, den Fahrdamm nur mit Schlacke aufschütten lassen. Beigeordn. Kruhner bemerkt, daß diese Straße von den anliegenden Ackerbesitzern und von der Kläranlage stark benutzt werden und in kürzester Zeit doch eine Pflasterung notwendig machen würden. Auf eine Anfrage des Stv. Blum entgegnet er, daß der Leinebrücke ein Fußgängersteig angehängt würde. Der Vorlage wird unverändert zugestimmt. Der Antrag zur Bewilligung von 3000 Mk. zur Aufstellung einer Alarmsirene für die Feuerwehr wird vom Magistrat zurückgezogen. Zu Punkt 12, Fertigstellung des Wohnungsbaues in der Leinestraße, führt Beigeordn. Kruhner aus, daß man einen gemeinnützigen Bauverein ins Leben rufen wollte. In einer Versammlung, wo die Mitglieder des Hallschen Bauvereins eingeladen waren, waren letztere einstimmig dazu eine Gründung. Da aber doch Wohnungen gebaut werden müssen, sollen auf dem alten Pungeschen Grundstücke in der Dammstraße 2 Häuser, ist je fünf Wohnungen gebaut werden. Die Kostenanschläge, die noch vom Bauamt bearbeitet werden, gelangen an die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme. Der Stv. Den will die Vorlage bis zur Fertigstellung der Unterlagen verschieben. Stv. Toll bemerkt, daß, wenn die Bauten in diesem Jahre noch fertig werden sollen, damit unverzüglich begonnen werden müsse. Stv. Dr. Kleinau möchte wissen, wo das Geld zum Bauen, schätzungsweise 500 000 Mk. abzüglich der Reichs- und Staatsbeihilfe, genommen wird. Beigeordn. Kruhner bemerkt dazu, daß die Gelder zum Teil in der 2-Mill.-Anleihe enthalten sind. In die Kommission zur Beratung der Luxbarkeitssteuern wurden die Stadtverordneten Meyer, Andreae, Blum und Dr. Brömme gewählt, aus den Kreisen der Beteiligten, die Gastwirte Henkel und A. Döring, Kinobesitzer Hammer und Gewerbeschulbeamter Boeker von Karlich. Büroassistent Schmidt teilt noch mit, daß 2000 Mk. von einem deutschen Verein in Chicago eingetroffen sind, zur Unterstützung armer Kinder. — Alle Nachsteuern die bis zum 5. März angenommen sind, werden vom Reich anerkannt.

Wittenberg. Mitgliederversammlung. Die letzte Mitgliederversammlung in Verbindung mit der Rednerschule war gut besucht. Ein Zeichen, das unser sozialistischer Gedanke immer mehr und mehr Platz greift. Genosse R. Drescher-Halle hielt einen Vortrag über den praktischen Teil des „Erfurter Programms". An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Wiesgand, Prinzenau, Winter, Anlorge und Knöfler. Genosse Schubert als Teilnehmer des Rednerkursus hielt dann seinen Vortrag über die „politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands". Es wurde dann aufgefordert, sich jetzt schon bereit zu halten, um bei den kommenden Wahlen genügend ausgebildete Redner überall aufklärend wirken zu lassen. Hierauf wurde in die eigentliche Mitgliederversammlung eingetreten. Vorsitzender Genosse Heilige gab einen kurzen Bericht über die kürzlich stattgefundene Bezirkskonferenz in Halle, alle Anwesenden waren mit deren Verlauf zufrieden.

Torgau. Stadtverordnetensitzung. Die Stadtverordneten beschlossen die Einbeziehung des großen Teiches in den Stadtbezirk durch Kauf. — Dem gemeinnützigen Bauverein wurden 24 000 Mark Ueberteuerungszuschüsse bewilligt. 20 000 Mark werden sofort gezahlt, der Rest erst dann, wenn die Tätigkeit des Vereins den Erwartungen der Stadt entspricht. Kriegsbeschädigte und kinderreiche Familien sollen zuerst berücksichtigt werden. — Die Gasmeisterlosten erfahren eine Teuerung von 500 auf 800 Prozent.

Zweiter Kongreß der vereinigten Sozialisten

am 6. und 7. März.

Gründung einer neuen Partei abgelehnt.

Der vorliegende Bericht erscheint um drei Wochen verspätet. Da aber gegenwärtig die Einigung der Sozialisten mehr wie bisher diskutiert wird, halten wir die Tagung für wichtig genug, auch jetzt noch unsere Leser darüber zu informieren.

Im Berliner Gewerkschaftshaus tagte am Sonnabend und Sonntag der zweite Kongreß der Einigungszentrale. Eduard Bernstein sprach über die politische Lage. In der augenblicklichen Politik mache sich ein Umschwung bemerkbar, der auf eine Besserung unserer Verhältnisse zur Entente hinausläuft. Frankreich müsse man Zeit lassen, seine Rachepolitik aufzugeben. Zur inneren Politik übergehend meinte Redner, er halte Roske trotz aller Fehler noch immer für einen Sozialdemokraten. Wenn wir uns nicht auf eine Kritik der Mißstände beschränken, sondern auch die Motive kritisieren wollen, dann bewegen wir uns auf eine schiefe Bahn. Es hat noch keine Revolution gegeben, wo nicht die Regierung, die die Verantwortung übernehmen mußte, Gewalt anwenden gezwungen war. Das schlimmste an den gegenwärtigen Verhältnissen ist die Schwäche unserer Regierung. Die Kapitalisten fühlten sich nie so stark wie jetzt. Sie lachen der Regierung geradezu ins Gesicht. Wie die Dinge jetzt liegen, braucht die deutsche Wirtschaft noch Kapital und Kapitalisten, aber nicht überhaupt. Bernstein erörterte hierbei eine bisher unveröffentlichte Denkschrift des Leiters eines der größten deutschen Industriekonzerne, der den Unabhängigen nahesteht. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß das Kohlensyndikat unverantwortlichen Wucher treibt und wo es ihm zweckdienlich erscheint, selbst die Produktion beschränkt. Hier könne und müsse sozialisiert werden. In der Denkschrift wird u. a. angeführt, daß im Jahre 1915 250 000 Kumpen Kohlen nach Holland geschafft wurden, während

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200331-10/fragment/page=0007

der Obersten Heeresleitung selbst dringende Lieferungen verweigert wurden. Dabei hat der Mangel an Material Tausenden von Soldaten das Leben gekostet. Die Mitleidlosigkeit des Proletariats ist bei uns unmöglich. Während die Kapitalisten erklärten, verfiert die Sozialdemokratie an Einfluß. Die Ursache ist die Spaltung. Der Redner trat dann trotz scharfer Ablehnung der unabhängigen Taktik unter lebhaftem Beifall für ein „Nebeneinanderarbeiten" ein.

Am zweiten Sitzungstage wurde der Tätigkeitsbericht der Zentralstelle entgegengenommen. Wagner empfahl für die kommenden Reichstagswahlen die Bildung eines Wahlkartells als Gegenblock gegen den Kapitalismus und die Reaktion.

Dann sprach Heinrich Ströbel über die Einigung des Proletariats. Der Redner machte Mitteilungen über seine Bemühungen, die Vorstände der beiden sozialistischen Parteien für die Einigung zu gewinnen. Scheidemann erklärte, daß die Einigung weder an seiner Person, noch an der Noskes noch an Personenfragen überhaupt scheitern solle, und er erklärte sich mit der Bildung einer rein sozialistischen Regierung und einer fünfgliedrigen Kommission jeder der beiden sozialistischen Parteien zur weiteren Erörterung der Einigungsfrage bereit. Ströbel setzte sich dann mit Führern der U. S. P. in Verbindung. Ein Führer lehnte ab, indem er darauf hinwies, daß eine rein sozialistische Regierung nur etwa 30 Prozent der Bevölkerung hinter sich habe, sich also nicht würde halten können. Barth und er unabhängige Führer wollten erst den Verlauf des Vorsitzer Parteitages abwarten, der bekanntlich dann durch seine Beschlüsse den Riß zwischen den beiden Parteien nur vergrößert hat.

An der Hand von Richtlinien entwickelte Ströbel das Programm der neuen „Partei vereinigter Sozialisten Deutschlands". Die „P. V. S. D." steht fest auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Grundsätze, sie ist weder auf die formale Demokratie allein noch auf das Rätesystem eingeschworen. Sie tritt für das parlamentarische System ein, erwartet aber nicht vom Wählen, von der parlamentarischen Tätigkeit alles Heil. Die Tätigkeit der Arbeitervertreter in den gesetzgebenden Körperschaften muß auf einer straffen, lückenlosen Organisation des Proletariats, politischer und wirtschaftlicher Natur aufgebaut sein. Der Ausbau und die Eingliederung des Rätesystems in den Wirtschaftsprozeß und in den Gesetzgebungs- und Staatsorganismus ist eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben des demokratischen und sozialistischen Aufbaus. Demokratie und Rätesystem — nicht das eine oder andere allein — ist das Programm der neuen Partei. Das erste und letzte Ziel sozialistischer Politik, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, kann sich nur in organischem Fortschreiten, unter klarer Anpassung an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die psychologischen Voraussetzungen vollziehen. Mit der Sozialisierung muß so schnell wie möglich der Anfang gemacht werden. Die Voraussetzung dafür, der erste Schritt dazu ist das Zusammengehen aller Sozialisten. Hand in Hand mit der Sozialisierung muß eine großzügige Planwirtschaft gehen. Weitere Programmpunkte sind innere und äußere Abrüstung. Die Revision des unerfüllbaren Friedensvertrages soll ausschließlich durch moralische Mittel, durch das Zusammengehen aller demokratischen und sozialistischen und pazifistischen Bevölkerungsteile erstrebt werden. Der Völkerbund soll in ein Rechtsmittel der vereinigten Völker umgestaltet werden. Die neue Partei fordert Frieden, Freundschaft und Wirtschaftsaustausch mit allen Ländern. Nicht die zweite oder dritte Internationale darf die Losung sein, sondern nur die geeinte Internationale.

An Ströbels Referat schloß sich eine lebhafte Auseinandersetzung, die schließlich damit endete, daß mit allen gegen drei Stimmen der **Antrag auf Bildung einer neuen Partei abgelehnt** wurde. Es haben sich somit alle Richtungen der Sozialdemokratie gegen die neue Partei ausgesprochen.

Gewerkschaftliches.

Ein bemerkenswerter Tarifvertrag.

Die städtischen Angestellten haben in dem letzten Jahrfünft mehr und mehr begriffen, daß auch für sie eine Besserung ihrer Lage nur durch Zusammenschluß in einer freien Angestelltenorganisation herbeigeführt werden kann. Von diesem Gefühl durchdrungen, strömen viele Tausende Angestellte zu den bereits organisierten Zehntausenden dieser Kolleginnen, dem Zentralverband der Angestellten. Durch die Arbeit des Zentralverbandes ist es möglich geworden, in vielen Städten erfolgreiche Tarifbewegungen durchzuführen. In solchen Tarifverträgen besserten sich vorbildliche sozialrechtliche Verbesserungen des Angestelltenverhältnisses. So hat die Ortsgruppe Rostock des Zentralverbandes neuerdings einen Tarifvertrag für die im Realtitarbetriebe der Stadt beschäftigten Angestellten abgeschlossen, der den städtischen Angestellten Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgung gewährleistet. Die Regelung der Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgung der ständigen Hilfsarbeiter erfolgt in der Weise, daß die Stadt den Unterschied zwischen der Leistungen der Sozialversicherungen und den Ansprüchen zahlt, welche städtischen Beamten mit gleichem Gehalt und gleichen Dienstjahren bezw. deren Hinterbliebenen nach den Bestimmungen der jeweils geltenden städtischen Gesetze zustehen.

Nach zehnjähriger Dienstzeit kann von der Kündigungsbefugnis nur Gebrauch gemacht werden, wenn der Angestellte seine ihm durch seine Stellung auferlegten Pflichten gröblich verletzt, oder sich im Dienst oder außerhalb desselben eines unwürdigen Verhaltens schuldig macht. Ob ein solches Verhalten vorliegt, entscheidet der Rat in Gemeinschaft mit dem Angestelltenausschuß.

Wird eine Einigung nicht erzielt so fällt die Entscheidung im Schlichtungsausschuß, bei dem aus drei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, 3 Angestellten und einem unparteiischen Vorsitzenden zusammensetzt. Die Stadtverordneten werden von Fall zu Fall vom Rat, die Angestellten vom Angestelltenausschuß gewählt. Die vom Rat zu wählenden Stadtverordneten dürfen jedoch weder dem Rat angehören, noch städtische Beamte oder Angestellte sein.

Aus all dem ergibt sich, daß für die städtischen Angestellten zur Verbesserung ihrer Lage nur eines übrig bleibt: Der Zusammenschluß im Zentralverband der Angestellten!

Verantwortlich für Politik und Sonstiges i. V.: W. Lanzke, für „Aus dem Verbreitungsbezirk" und „Aus dem Stadtkreis,: K. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.
Städtische kaufmännische Fortbildungs- und Handelsschule.

Anmeldungen zur höheren Handelsschul-Abteilung mit einjährigem Lehrgang werden noch am 7. und 8. April im Schulgebäude, Sophienstraße 37, Eingang Luisenstraße, von 11 bis 12 Uhr vorm., entgegengenommen. Zur Aufnahme ist der erfolgreiche Besuch einer neunklassigen anerkannten Mittelschule mit dem Prädikat gut in Deutsch und einer Fremdsprache oder die Reife für die Obersekunde einer höheren Lehranstalt erforderlich. Bei der Anmeldung ist das letzte Schulzeugnis und die Tauf- oder Geburtsschein vorzulegen.

Die Anmeldung neuer Pflichtschüler der kaufmännischen Fortbildungsschule hat ebenfalls am Mittwoch, den 7. und Donnerstag, den 8. April, von 8 bis 12 hr vorm., in der kaufmännischen Fortbildungsschule, Sophienstraße 37, Eingang Luisenstraße, unter Vorlegung des letzten Schulzeugnisses und des Tauf- oder Geburtsscheines zu erfolgen. Anzumelden sind alle im Gemeindebezirk beschäftigten männlichen kaufmännischen Angestellten sowie Hilfspersonen des Handelsgewerbes, welche Kontorarbeiten verrichten, insbesondere auch Schreiber, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und sofern die Anmeldung noch nicht erfolgt ist.

Fortbildungsschulpflichtig sind auch diejenigen männlichen Personen, welche die Untersekunda einer höheren Lehranstalt oder die 1. Klasse einer anerkannten neunstufigen Mittelschule mit Erfolg besucht haben.

Anmeldungen zu wahlfreien Kursen in doppelter und einfacher Buchführung, Maschinenschreiben und Kurzschrift, englischer und französischer Sprache und Handelskorrespondenz, Schönschreiben, Kunst- und Plakatschrift, werden am 7. und 8. April, von 7 bis 9 Uhr abends, in der kaufmännischen Fortbildungsschule entgegengenommen.

Auskunft erteilt der Direktor mündlich und schriftlich.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 24. April 1919 betr. die Kohlenversorgung für den Stadtkreis Halle für die Zeit vom 1. 5. 19 bis 30. 4. 20 wird folgendes bestimmt:

1. Während des Monats April 1920 gelten beim Einkauf kleiner Kohlenmengen von der braunen Kohlenkarte, 3. Ausgabe, Nr. 10, von der grauen Kohlenkarte, 5. Ausgabe, Nr. 9—10, von der grünen Kohlenkarte, 6. Ausgabe, Nr. 10, als vorzugsberechtigt.

Die Kleinhändler sind verpflichtet, an ihre Kunden auf jede dieser Nummer ½ Ztr. Brikett ohne Rücksicht auf die Versorgung anderer Verbraucher abzugeben, brauchen aber nicht mehr als ½ Ztr. auf einmal abzugeben.

2. Die Kleinverbraucher sind verpflichtet, ihren Bedarf bei demselben Kleinhändler zu decken, bei dem sie als Kunden angemeldet sind. Die vorzugsweise Abgabe von Briketts auf die noch nicht freigegebenen Nummern ist verboten.

3. Jeder Ankauf oder Verkauf von Kohlen ohne Marken oder Bezugsscheine ist verboten.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit den in § 29 der eingangs erwähnten Verordnung festgesetzten Strafen belegt.

Halle, den 25. März 1920.

Der Magistrat. Ortskohlenstelle.

Bekanntmachung.

Vom Montag, den 29. März bis Sonnabend, den 3. April werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines neue Kartoffelkarten mit den Nummern 33—48 ausgegeben. Haushalte, die seit dem 1. Januar einen Wohnungswechsel vorgenommen haben, erhalten die Kartoffelkarten in der Ausgabestelle, in deren Gebiet sie vor dem 1. Januar gewohnt haben. Die neue Wohnung ist bei Empfangnahme der Kartoffelkarten (zur Berichtigung der Kontrollkarte) anzugeben.

Es erhält jede im Lebensmittelschein eingetragene Person eine Kartoffelkarte; jedoch dürfen Kartoffelkarten nicht bezogen werden:

1. für Kinder im ersten Lebensjahre (die Alterseintragung im Lebensmittelschein ist maßgebend!);
2. für Personen und Haushaltungen, die Kartoffeln als Wintervorrat auf Bezugsscheine oder sonstwie bezogen haben;
3. für Personen und Haushaltungen, die Land mit Spätkartoffeln bebaut haben und mit dem Ernteertrag dem Versorgungsplane entsprechend über den 3 April 1920 hinaus ausreichen müssen.

Diejenigen, die erst nach dem 3. April zum Kartoffelkartenbezug berechtigt sind, erhalten die Karten im Stadternährungsamt — Kartoffelkartenstelle — ausgehändigt.

Wer widerrechtlich Kartoffelkarten in Anspruch nimmt, wird gemäß § 13 der Verordnung vom 18. Juli 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die auf Grund widerrechtlich benutzter Karten bezogenen Kartoffeln können nach § 17 der genannten Verordnung jederzeit ohne Entschädigung für verfallen erklärt werden.

Halle, den 26 März 1920. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Rohgoulasch in der Talamtschule, am Donnerstag, den 1. April 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 001 bis 70 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 70 001 bis 76 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine ½-Kilo-Dose Fleisch- oder Wurstkonserven, an Haushalte mit zwei Personen eine 1-Kilo-Dose Rohgoulasch und an Haushalte mit drei Personen eine ½-Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven und eine 1-Kilo-Dose Rohgoulasch usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine ½-Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven beträgt 5 M. und für eine 1-Kilo-Dose Rohgoulasch 11 M. — Die Rohfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Reis an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen in der Talamtschule, am Donnerstag, den 1 April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der gelb umränderten Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 001 bis 70 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 70 001 bis 76 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede zum Bezug berechtigte Person wird gegen Vorlage der Lebensmittelscheines ¼ Pfund Reis zum Preise von 1 Mark für das Viertelpfund abgegeben. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Milchpulver (2. Sonderverteilung) und Nachlieferung von weißen Bohnen mit Fett und Tomaten und Kerzen in der Talamtschule, am Donnerstag, den 1. April 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 001 bis 70 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 70 001 bis 76 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes, welche bei der 2. Sonderverteilung von Milchpulver noch nicht berücksichtigt worden ist, werden 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1,60 Mark abgegeben. — Für jede Person eines Haushaltes, welcher bei der vorhergehenden Verteilung von weißen Bohnen mit Fett und Tomatn noch nicht abgefordert hat, wird eine Dose weiße Bohnen zum Preise von 2,70 Mark abgegeben. Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen erhalten die Dose zum Preise von 2 Mark. — Für jeden Haushalt ohne elektrische Lichtanlage, und sofern er bei der vorhergehenden Verteilung von Kerzen noch nicht beliefert worden ist, werden vier Kerzen, zum Preise von 1,70 Mark für vier Stück, abgegeben. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Die Ausgabe der Sonderzuckerkarten für den Monat April 1920 an Kinder bis zu zwei Jahren findet im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, 2. Saal links, vormittags von 9—12½ Uhr statt. Die Ausgabe erfolgt an die empfangsberechtigten Haushalte mit den Anfangsbuchstaben: A—D am Donnerstag den 1. April, E—G am Sonnabend den 3 April, H—N am Dienstag den 6. April, K am Mittwoch den 7. April, L—M am Donnerstag den 8. April, N—O am Freitag den 9. April, P am Sonnabend den 10. April, S am Montag den 12 April, T—V am Dienstag den 13. April, W—Z am Mittwoch den 14. April. Der Lebensmittelschein und die Geburtsurkunde des in Frage kommenden Kindes sind vorzulegen.

Ackerbohnen, Haferflocken. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Ackerbohnen, Haferflocken und Auslandsmarmelade vom 1. bis 3. April abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs folgt später. Die Ablieferung der bei obiger Verteilung abzutrennenden Marken hat bis spätestens zum 19. April, zu Handerten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, unter Angabe des Restbestandes zu geschehen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Wilhelmine Theuring,
Domplatz 9 — Telephon 5659
zahlt
trotz Preisrückgang für Rohprodukte
bis auf weiteres
höchste Preise.
Bei Eisen und Metallen muß jeder Verkäufer sich als Eigentümer legitimieren können.

Frauen
wendet Apotheker Wernicke's
Menstrualkur
bei Stockungen und Unregelmässigkeiten der Blutzirkulation an. Aerztlich begutachtet. Erfolg garantiert innerhalb 2 Tagen! Kur I. Mk. 20.—, Kur II (extrastark) Mk. 25.—. Versand diskret gegen Nachnahme.
Versandhaus „Excelsior", Nürnberg, Weberplan 11.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

In Prima Friedensware sind wieder lieferbar
Douchen und Spül-Apparate
sowie Gummiwaren aller Art
C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41
Fachgeschäft und Versandhaus für sanitäre Artikel.
Preisliste gratis. Preisliste gratis.

Familien-Nachricht.

Nachruf!

Von der Einwohnerwehr Halle

beklagen ihre treue Pflichterfüllung gegen Staat und Stadt mit dem Tode die Mitglieder:

Herr Abiturient F. W. Klose
gef. am 19. März 1920.

Herr Kaufmann Willy Annacker
gef. am 22. März 1920,

Herr Leutn. d. R. Stephan Gatz
verw. am 22., gest. am 23. März 1920.

Sie setzten freudig ihr Leben ein für das Wohl ihrer Mitbürger im Kampf gegen den Bolschewismus.

Die Mitglieder der Einwohnerwehr werden diesen Helden ein ehrendes Andenken bewahren.

Für die Einwohnerwehr der Stadt Halle.

Der Zentralausschuss.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200331-10/fragment/page=0008